

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

16 (20.1.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verleger: Durch unsere Träger 5.-M. einw. 80 3 Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelempl. 26 4. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.-M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Verjöhnlichere Haltung Frankreichs?

21. Paris, 19. Jan. In weiten Kreisen hat man das Gefühl, daß mit Briand in der französischen Politik eine Kursänderung nach der Richtung einer europäischen Verständigung zum Frieden und zur Wiederherstellung der Arbeit und Ordnung in der Welt eintreten wird. Mit Briand würde die gemäßigtere Tendenz triumphieren.

Ob diese Kursänderung in Wirklichkeit erfolgen wird, muß abgewartet werden. Deutsch-französische Zusammenarbeit ist auch unser Wunsch und unser Ziel; es fragt sich nur, in welcher Form sie vor sich geht. Soll sie nur einigen wenigen Großunternehmern dienen und jenseits der deutschen Grenze frommen, unter dem Motto „le boche paiera“ (Deutschland wird zahlen), dann müssen wir diese Art von „Annäherung“ entschieden ablehnen und wissen mit den Sozialisten und Gewerkschaften Frankreichs vollkommen eins.

Der „Vorwärts“ meint in einer Besprechung der neuen Regierung, daß zu übertriebenem Optimismus kein Anlaß vorliegt. Vielmehr wird gerade Briand derjenige Staatsmann sein, der endlich den kapitalen Fehler der bisherigen französischen Regierungen Deutschland gegenüber erkennen und vermeiden wird; vielmehr wird er trotz des teilweise reaktionären Anstrichs seines Kabinetts jene vom „Temps“ anempfohlene Politik verfolgen, die die Stärkung der republikanischen Parteien in Deutschland und nicht ihre Schwächung zur Folge hat.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß in der Kammer Sitzung vom 18. Mai 1920 Briand mit einer Äußerung zum Sturz der Rapp-Mehellen sprach, die darauf schließen läßt, daß ihm das Verständnis für die idealen und materiellen Kräfte, die in der deutschen Arbeiterklasse vorhanden sind, nicht fehlt. Er sagte damals, gegen den Nationalisten Leon Daudet (scharf polemisierend, nach dem stenographischen Sitzungsbericht u. a. folgendes:

Dieses ununterstützte Mittel, Herr Daudet, ist soeben in einem Nachbarland angewandt worden... Das ist nicht die Frage.

Briand: Doch, mein Herr! ... in einem Nachbarlande, wo einige Soldaten gehofft hatten, an der Spitze einer Armee Freiheitskämpfer zu zerschlagen, (Beifall auf der äußersten Linken und auf einem Teil der Unken. Warm reds.)

Daudet (Nationalist): Oh! Boncour (Sozialist): Wir werden vielleicht eines Tages gezwungen sein, das gleiche gegen Sie (sich an die Rechte wendend) zu unternehmen.

Briand: Es hat sich eine Regierung gefunden, um an die Arbeiterorganisationen zu appellieren, welche, indem sie ihre Streitkräfte in den Dienst der öffentlichen Freiheiten stellen, es erreichen, daß die Diktatoren sich gezwungen sehen, ihre Pläne fallen zu lassen.

Die deutschen Freiheitskämpfer werden aber durch eine militärische Gewaltpolitik der Sieger, wie sie sicherlich Boncour, vielleicht aber auch Parthou vornehm, indirekt ebenfalls sehr bedroht, wie durch die reaktionären Parteien in Deutschland. Wenn Aristide Briand, der stets ein kluger Kopf war, auch dies begreift, und seine Politik Deutschland gegenüber danach einrichtet, dann ist es im Interesse der friedlichen Verständigung Europas zu wünschen, daß er alle Klippen in der Kammer und im Senat hegreift überwindet.

Vertragung der französischen Kammer

21. Genf, 19. Jan. Die französische Deputiertenkammer hat sich am Dienstag nach dem Sturz des Ministeriums auf einen Vertrag. Herr Briand hat jedoch um eine neue Vertragung des Donnerstags gebittet. Zur Entgegnung der Programm-erklärung der neuen Regierung. Wie Briand den Vertretern der Presse bemerkte, wollte er das Ergebnis seiner Meinungs- austausches mit Lord George über die bevorstehende Konferenz der Entente abwarten, um der Kammer das neue Datum dieser Konferenz mitteilen zu können. Nach Londoner Meldungen ist diese Konferenz auf den nächsten Montag festgesetzt worden. An die Verlesung der Regierungserklärung wird sich eine allgemeine Debatte anschließen.

Das Ergebnis des Reichnotopfers

21. Berlin, 19. Jan. Wie in der Konferenz der deutschen Finanzminister in Berlin mitgeteilt wurde, haben die Erhebungen zum Reichnotopfer entgegen der Erzberger'schen Voreinschätzung ein zwischen 30 und 40 Prozent hinter den Erwartungen zurückbleibendes Ergebnis gehabt.

Ein Vertrauensvotum der Eisenbahner

21. Berlin, 19. Jan. Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes, der hier zusammengetreten ist, hat folgenden Vertrauensvotum ausgesprochen: Der erw. Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes ist nach Kenntnisnahme des Ganges der Verhandlungen davon überzeugt, daß ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen war. Er ist ferner der Meinung, daß keine Vertreter im über-Ausschuß ihre Pflicht voll und ganz erfüllt haben und alles getan haben, um das Beste für die Eisenbahner herauszubekommen. Aus diesem Grunde wird den Kollegen ein volles Vertrauen ausgesprochen.

Ferner wurde eine weitere Entschärfung angenommen, die sich gegen die Mosauer Gewerkschaftsinternationale richtet. In dieser Entschärfung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Mosauer Gewerkschaftsinternationale mit Naturmonopolen zur Beherrschung der Gewerkschaftsmittel führen müsse, ferner zur Labilierung der Aktionsfähigkeit und zur Spaltung der Gewerkschaften.

Ein Gnabengesuch für Sölz

21. Dresden, 20. Jan. Im Sächsischen Landtage wurde gestern ein Antrag behandelt, der die Begnadigung des Räuberhauptmannes Sölz und seiner Spießgesellen fordert. Alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, sprachen sich gegen den Antrag aus. Justizminister Dr. Garmisch erklärte, daß sich die Gnabengesuche in letzter Zeit in reichlichem Maße häufen,

Wandte Leute hängen sich nur ein politisches Dönanie!chen um, um allerhand Gemeinheiten zu begehen. — Der Antrag wurde einem Ausschusse überwiesen.

Neue Steuern in Sicht

21. Berlin, 19. Jan. Im Steuerentscheid des Reichstages macht der Reichsfinanzminister Dr. Wirth Mitteilung über die in der letzten Konferenz der Finanzminister ausgesprochenen Wünsche. Danach soll in dem Gesetz, in dem die neuen Steuererhöhungen festgelegt werden, gesagt werden, daß die Mehraufwendungen, die den Ländern und Gemeinden erwachsen, vom Reich bezahlt werden. Die Reichsregierung vertrete die Anschauung, daß den Ländern eine einmalige Verwendung von Reichsgeldern gegeben werden solle, damit sie in den Stand gesetzt werden, die Aufwendungen auszugeben zu können. Den Gemeinden Zusagen zu machen, würde ins Unerlöbliche führen. Jedemfalls müßte der Reichstag zur Ausbringung weiterer Mittel erhebliche Steuererhöhungen beschließen. An der Erhöhung bereits eingeführter oder auch an neuen indirekten Steuern werde kaum vorzubedenken sein. Auswärtige Momente spielen hier keine Rolle. Ein Votum über die Erhöhung der Postgebühren werde demnächst vorgelegt, ein solches über die Erhöhung der Fernsprechgeldern werde folgen. Der Antrag des Unter Ausschusses, den § 43 des Reichsnotopfers zu erweitern und die Frist zum 31. Dezember bis 21. Januar 1921 zu verlängern, wurde angenommen, ebenso ein Antrag auf weitreichende Erleichterungen durch Annahme von Schwanenweisungen und von Kriegsanleihen.

Der Nachfolger Legiens

Berlin, 20. Jan. (Rival). Die zurzeit in Berlin tagende Vorstandskonferenz der Gewerkschaften wählte gestern den früheren württembergischen Arbeitsminister und Leiter des Holzarbeiterverbandes Theodor Leipart an Stelle des verstorbenen Legien zum Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.

Vanditenkämpfe in Oberschlesien

21. Weuthen, 19. Jan. Ueber das Blutbad, das sich am Sonntagabend in Karlsleben (Kreis Muskow) abspielte, erfahren wir noch. Gegen 6 Uhr abends erschienen in der Fleischerei von Sochnitz eine Bande von 25-30 Mann. Ruff von ihnen drangen in das Haus ein und verlangten von der Frau Wirth. Vor der Fleischerei wurde eine Holzleitende aufgehängt und der Auslöser aufgeföhrt, den Raub auf der Straße zu befördern. Weil er dies verweigerte, wurde er auf dem Hof erschossen. Währenddessen hatte der Anführer der Bande der vom sechs Kindern umgebenen Frau, die einen Säugling auf dem Arme trug, den Revolver vor die Stirn gehalten und forderte von ihr Geld. Die Frau gab ihm 2000 M. und erklärte: „Warte, ich kenne dich!“ Darauf wurde sie durch zwei Schüsse niedergestreckt. Der Mann holte drei Abstimmungsbeamte herbei. Als der Wachtmeister Tagerol, Vater von zwei unmündigen Kindern, erschien und den Raub betrat, wurde er durch einen Schuß niedergestreckt. Das gleiche Schicksal ereilte den Gewerkschaftsleiter Kolonel. Die Vanditen erschöpften ein wahnwitziges Feuer auf die Wölen und warfen Handgranaten, wobei vier Personen verletzt wurden, davon zwei schwer. Die Vanditen sind unerkannt entkommen.

Erregte Szenen auf der italienischen Sozialistenkonferenz

Mailand, 19. Jan. In Livorno sprach gestern nachmittags auf der Sozialistenkonferenz Giacarra als Vertreter der verjöhnlichen revolutionären Richtung. Er versicherte, daß die italienischen Sozialisten mit Gewalt nichts werden erreichen können, was die Vorgänge von Bologna gezeigt hätten. Ein Teil der Versammlung unterwarf den Redner und große Erregung herrschte als Benacci einen Revolver aus der Tasche zog und zu schießen drohte. Die Versammlung beschloß Bombard aus dem Saale zu entfernen, als er sich aber beruhigt hatte, lag sie davon ab. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde von anderer Seite die Unmöglichkeit einer Revolution in Italien betont, die großes Geld und große Verhaftungsmöglichkeit nach sich ziehen müßte, da auf die Hilfe der Sozialisten der anderen Länder nicht zu rechnen sei.

Verschlimmerung der Lage in Oesterreich

21. Wien, 19. Jan. Im Finanzauschuß erklärte Finanzminister Dr. G. in Wien während der Besprechung des Staatsvertrages, daß Oesterreichs Lage unhaltbar sei. Was die Staatswirtschaft so schwer bedrücke, sei der Friedensvertrag, der einen Staat in die Welt gesetzt habe, der sich selbst nicht erhalten könne und der größter Säkularisation und Hinfälligkeit bedürftig sei, um überhaupt existieren zu können. Was Oesterreich brauche, sei ein ausreichender, langfristiger Kredit. Die Entente müge sich vor Augen halten, daß jetzt der letzte Moment gekommen sei, zu erwägen, daß, wenn die Kredithilfe nicht eintrete, nur zwei Wege übrig blieben: entweder der automatische Ausbruch an das große Wirtschaftskrisisgebiet Deutschland oder der Verfall Oesterreichs mit all den fürchterlichen Folgen, die sich aus der Selbsttötung eines verwerflichen Volkes ergeben, und die sich nicht nur auf Oesterreich, sondern auf ganz Mitteleuropa erstrecken, werden.

Neue Kriegspläne Russlands

21. Paris, 20. Jan. Wie die Agentur Rumorin aus Seltzfeld meldet, hat die Sowjetregierung die 7. und 15. rote Armee an der polnischen Grenze zusammengezogen. In der nächsten Zeit sollen noch acht Kavalleriedivisionen und viel Artillerie an die Grenze kommen. Der Generalsstab hat einen Angriffsplan ausgearbeitet, der eine Offensive in der Richtung gegen Schulen, Koschadori und Wilna vorsieht.

Armenien in Not

London, 18. Jan. Von armenischer Seite erfährt Reuters, daß aus den von den Türken besetzten Gebieten über 200 000 Personen gefährdet sind; Nahrungsmittel und Heizmaterial sind nicht zu bekommen. Der Eisenbahnverkehr ist eingestellt und die Bevölkerung von einer Hungersnot bedroht, wenn nicht sofort Nahrungsmittel aus anderen Ländern herbeigeschafft werden.

Zur neuen bad. Gemeindeordnung

Von Verbandsdirektor Weiler, Karlsruhe.

Die Verfassung der badischen Gemeinden hat seit der Jahren 1800 und 1900, in welchen das 2. und 6. Konstitutions-Gesetz die Rechtsverhältnisse erstmals zu regeln versuchte, mancherlei Veränderung erfahren. Aus den damaligen Gemeinden, die als Minderjährige behandelt wurden, sind im Laufe der Jahrzehnte durch die eigene Laikraft der Gemeinden mächtige Selbstverwaltungskörper entstanden, die ihren Platz im Volksgang behaupten. Es würde über den Rahmen dieser Abhandlung weit hinausgehen, wenn man den historischen Gang der Entwicklung, der nicht immer ein Vorwärtsschreiten bedeutete, verfolgen wollte. Dagegen ist es doch am Platze, festzustellen, was durch die neue Gemeindeordnung von den Forderungen unseres Offenburger Parteitag 1911 bewirkt worden ist, und welche Mängel dem neuen Entwurf bei allen seinen Vorzügen, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen, noch anhaften. Das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht in der Gemeinde, Wahl an Sonn- und Feiertagen ist erreicht. Dieses Wahlrecht wird durch den Empfang von Unterstützung nicht mehr aufgehoben. Die Übertragung der Markt-, Wohnungs-, Verkehrs- und Gesundheitspolizei auf die Gemeindeverwaltung wird zugestanden. Unentgeltlicher Unterricht, Schulärzte, Schuljahnärzte, freie Lehrmittel, sind ebenfalls Gemeingut der Einwohner geworden. Die Mitwirkung von Gemeindeangehörigen bei der Ausführung der öffentlichen Aufgaben, überhaupt bei der Gemeindeverwaltung wurde erfüllt. Die wirtschaftlichen Unternehmungen, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Rückerverorgungsanstalten und dergleichen sind mehr und mehr von den Gemeinden übernommen; ein geeigneter Mieter durch Wohnungsbauer und Wohnungsnachweise, die allerdings erst zu dem Zeitpunkt ins Leben getreten, als das Hauptfordernis für die Tätigkeit dieser Ämter die Wohnung fehlte. Die Erfüllung dieser Programmpunkte beweist, daß das Schlagwort: „Die Revolution hat vor den Rathhäusern halt gemacht“, eben ein Schlagwort ist. Immerhin gibt es noch eine Reihe von Forderungen, die zu erfüllen sind, und die Lage, in der sich unsere Gemeinden befinden, ist trotz der Fortschritte keine beneidenswerte. Die neue Gemeindeordnung könnte viel befruchtender wirken, wenn die Verfassung der Gemeinden nach neuerzeitigen Geist bereits zu jenen Zeiten verbessert worden wäre, als unsere Partei die Verbesserungsvorschläge machte.

Nun zur Gemeindeordnung selbst: Man hat an den Zweikammersystem festgehalten. Die Gemeinden sind zweimächtig eingeteilt. Eine wesentliche Verbesserung bringt die Bestimmung in § 5 über die Errichtung von Zweiverbänden mehrerer Gemeinden. Auch kann die Initiative von Städten und Gemeinden befruchtend wirken in der Schaffung gemeinsamer Unternehmen, Errichtung von gemeinsamen Beamten, Anstellung von Sachverständigen, Rechnungsverfänger, Sozialbeamten und dergleichen, zu denen die einzelne Gemeinde oder Stadt zu schwach ist. Bei dem Abschritt über die Rechte der Gemeindeangehörigen ist zu wünschen, daß auch die bürgerlichen Parteien den Zwang zur Abgabe eines Mandats beim Austritt aus der Partei aussprechen. Die direkte Wahl der Bürgermeister in den größeren Gemeinden und insbesondere in den großen Städten ist nicht erreicht. Bei den Nechten des Bürgerausschusses ist darüber noch ein Wort zu sagen. Drei verschiedene Abteilungen von Bürgermeistern sind nun geschaffen; dabei ist den individuellen Verhältnissen keine Rechnung getragen, sondern eine Schablone auf Grund der Zahl von Gemeindeangehörigen eingeführt. Zu begreifen ist die Ermäßigung der Zahl der Gemeindeordneten durch die Kommission. Die Macht der leitenden Bürgermeister insbesondere in den großen Städten ist wenig gestiegen. Man sieht es dem Gesetz an, daß auf die Urheber oder die Verfasser desselben einen wesentlichen Einfluß der Oberbürgermeister ausübte. Die Änderung der Kommission, wonach der Bürgermeister in § 41 Absatz 2 a u. o. r. d. n. e. t., ist belanglos, so lange der Oberbürgermeister berechtigt bleibt, jedes Geschäft selbst zur Bearbeitung zu übernehmen. Hier hätten sich mehr Einflüsse durchsetzen müssen, die auch den Mitarbeitern ein größeres Gefühl der Mitverantwortung einräumten. Dr. K u h e r (Mannheim) schreibt zu § 23 seines ersten Entwurfs einer badischen „Städteordnung“ vom Juli 1917: „Der Oberbürgermeister wäre fürchtlich, wollte er sein Selbstständigkeitsgefühl seiner ersten Mitarbeiter erlösen und versuchte er es doch, so müßte er auf Widerstand stoßen. Die berufsmäßigen Mitarbeiter werden stolz darauf sein, in sachlicher und selbstständiger Beurteilung der Gemeindegangelegenheiten es den ehrenamtlichen Mitgliedern gleichzutun.“

Von diesen guten Grundzügen ist in der Gemeindeordnung leider, gar nichts zu verspüren. Die stellvertretenden Bürgermeister und die leitenden Beamten sind recht stiefmütterlich behandelt. Die Folge davon ist die Stärkung der Macht der leitenden Beamten, die dann erwünscht ist, wenn sie richtig ausgeübt wird, die aber schwere Kämpfe verursacht, wenn die eingeräumte Machtstellung mißbraucht wird. Diejenigen leitenden Beamten oder Gemeindeoberhäupter, welche vermög ihrer Bedeutung, ihres Könnens und ihres sozialen Empfindens den richtigen Gebrauch von der ihnen eingeräumten Stellung machen, benötigen die Stärkung nach Maßgabe des § 41 zufolge des Gesetzes nicht. Auf andere verantwortliche Leiter bedeutet dieser Einfluß eine Gefahr und innere Kämpfe. Für die Randgemeinden und kleineren Städte sind sodann noch die

Wünsche der Gemeindebeamten (Ratschreiber u. a.) werden der mehr Selbstverleugung ihres Aufgabekreises zu erfüllen.

Die Rechte des Bürgerausschusses sind erweitert worden. Gebe sich aber deshalb keiner unserer Gemeindeverordneten einer Täuschung hin, welche Rolle ihm in der Vollziehung des Bürgerausschusses zufällt.

Das traurigste Kapitel in den Gemeinden ist die Finanzfrage. Hier wurde in den letzten Jahren schwer gesündigt. Nachdem das Reich und die Länder durch den unglücklichen Ausgang des Krieges ihren Ausgabenbedarf in unerhörter Weise angeschwollen sehen, haben sie die Gemeinden in organisatorischer Hinsicht zunächst ihrer Selbstständigkeit auf dem finanziellen Gebiete entkleidet.

lichen Aufwandes für die Schule auf die Gemeinde, die Beschränkung der Umlageerhebung auf die bisherigen Liegenschafts- und Betriebsvermögen, die kürzlich ohne Anhörung der Gemeinden beschlossene Erhöhung der Beförderungsteuer zur Zahlung der Kinderbeihilfe für die Staatsbeamten, die nur in der Hauptsache die Gemeinden trifft, alles dies sind Akte der Gesetzgebung, welche sich bitter rächen und bei denen eine Partei, die aufbauen will, nicht ohne weiteres mitmachen darf.

Die Gemeindebeamten haben nun in dem Entwurf der neuen Gemeindeordnung insofern einen Erfolg zu verzeichnen, als das Rotgesetz vom 4. Juli 1920 über die Schlichtungsausschüsse veranlaßt werden soll. Kurt Eisner hat in einer Münchener Versammlung unseres bayerischen Bruderverbandes auf die Ausführung des Artikelschreibers, die den Textor von links bekämpften und die unzureichenden Beamtenrechte hervorhoben, sich als warmer Freund des Beamtenrechtes erkannt und mit Recht betont, daß von der hingebenden Pflichterfüllung der Gemeindebeamten das Wohl und Wehe der Gemeinden und damit des Staates abhängt.

Die beste Gemeindeordnung taugt nichts, wenn sie nicht von einem pflichttreuen, arbeitsfreudigen und zielbewussten Beamtentum vollzogen wird. Ohne die reiflose und rastlose Mitarbeit der Gemeindeorgane im Sinne des Gesetzes gewahrt, ist keine Besserung zu erwarten, darum ist dieser Fortschritt auf dem Gebiete des Gemeinderechts, der allerdings noch mancherlei Lücken aufweist, zu begrüßen.

Zum Bürgernutzen ist noch folgendes hervorzuheben: Auch in unserer Partei ist die Frage des Bürgernutzens mehr oder weniger minder ein noli me tangere. Aufgabe muß sein, den Bürgern Nutzen zu verbedeln, seine Auswüchse zu beseitigen. Indem die Nutzungsberechtigung nach sozialen Gesichtspunkten umgewandelt wird, der Großbesitzer muß als Nutzungsberechtigter verschwinden. Der kleine Mann muß den Allmendgenuss — „alle Mann Genuß“ — erhalten. Auf diese Art wird eine zweckentsprechende Lösung erreicht werden. Hier heißt es Wirklichkeitspolitik treiben.

Das Verfassungsrecht der Gemeinden ist von neuem Bedeutung für den wirtschaftlichen und politischen Ausbau der Länder und des Reiches. Möge der neue Geist befruchtend wirken und eine Gemeindeordnung zur Reife bringen, die einen wesentlichen Fortschritt für das Volksganze bedeutet.

Gemeindevertreter-Konferenz des Bezirks Karlsruhe-Stadt und Land

Die Gemeindevertreter, Bezirksratsmitglieder und Kreisratsabgeordnete seien darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des Gasthauses zum „Goldenen Adler“, Karl-Friedrichstraße 12, in Karlsruhe, die Fortsetzung der Konferenz vom 9. Januar der Unterbezirke Karlsruhe-Stadt und Karlsruhe-Land stattfindet. Die Genossen aller Orte des Bezirks und der Stadt Karlsruhe werden erachtet, vollzählig zu erscheinen.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

Eine deutsche Denkschrift

Unsere bisherigen Leistungen an die Alliierten Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht einen Auszug aus einer Denkschrift der Reichsregierung, in der die bisher gemachten Leistungen des Friedensvertrages an die Entente gemachten Leistungen zusammengefaßt sind. Danach erreicht die Gesamtleistung Deutschlands an die Alliierten einen Betrag von rund 2,2 Milliarden Goldmark. Das Guthaben der preussischen Verwaltung für Kohlenlieferungen an Frankreich aus den hiesigen Saarbergwerken beträgt rund 200 000 Goldmark. Das abgelieferte Eisenbahnmateriale erreicht einen Wert von rund 1,6 Milliarden Mark. Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte wurden an Frankreich vom Februar 1919 bis Ende Juli 1920 im Gesamtwerte von rund 20 Millionen Goldmark abgeliefert. Die abgelieferte Handelsflotte, die von ihrem früheren Umfange von 5,2 Millionen Brutto-Registertonnen auf 800 000 Brutto-Reg.-T. herabgebracht wurde, ist mit 27,8 Milliarden Goldmark zu bewerten, wobei der Sachwert nur sehr gering angelegt ist. Für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sind industrielle Ma-

schinen und andere Gegenstände im Werte von etwa 1 Million Goldmark abgeliefert worden. Der Gesamtwert der an Frankreich abgelieferten lebenden Tiere, darunter 40 700 Pferde und 416 000 Stück Vieh beläuft sich auf 27 Millionen Goldmark. Die Gesamtleistung an Kohlen erreicht die Summe von rund 666 Millionen Goldmark. An Farbstoffen und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen hat Deutschland bereits annähernd 9400 Metertonnen geliefert, die einen Wert von 236 Millionen Goldmark darstellen. Der Wert der betriebenen Saarbergwerke einschließlich der Kohlenaufwässer beträgt auf einer Vergründung vom Juli 1914 483 Millionen Goldmark. Der Wert der Reservefelder des preussischen Fiskus mit einem Gesamtkohlenvorrat für 50 Jahre beträgt 558 Millionen Goldmark. Der Gesamtwert des in französischer Verwaltung befindlichen Saargebietes betrug im Juli 1914 weit über 1000 Millionen Goldmark. Der Gesamtwert des verlorenen Reichs- und Staatsigentums, Gebäude, Staatsgüter, Domänen und Forsten erreicht rund 4,5 Milliarden Goldmark.

Für die an Polen gefallenen Vermögenswerte liegen genaue Unterlagen sich nicht heranziehen. Der Wert der an Frankreich abgetretenen Eisenbahnen und Brücken, die über den Rhein nach Elsaß-Lothringen führen, beläuft sich auf 5,8 Millionen Goldmark. Der Wert des beschlagnahmten Eigentums der deutschen Rabelgesellschaften wird mit 85 Millionen Goldmark veranschlagt. Beim Rückgang der Fronttruppen sind Güter im Betrage von rund 2,5 Milliarden Mark zurückgelassen worden, von denen der Hauptteil in Belgien im Werte von 1,5 Milliarden Mark liegen geblieben ist. Mit in Rechnung zu stellen sind die Zahlungen, die Deutschland für die von den Alliierten als Gegenwert gelieferten Lebensmittel und Rohstoffe gezahlt ist. Diese Zahlungen Deutschlands erreichen den Betrag von 2,249 Millionen Goldmark. Auch diese Voraussetzungen müssen als Leistungen aus dem Friedensvertrag angesehen werden.

Für die Besatzungstruppen in den Rheinländern, für ihre Requisitionen, soweit sie bis jetzt festgesetzt sind usw., hat Deutschland einen Gesamtbetrag von 450 Millionen Goldmark oder rund 4,5 Milliarden Papiermark aufgewendet. Für die beschriebenen interalliierten Kommissionen, die in Deutschland die Entschaffung, Abtötung usw. von Kontrollieren haben, sind bis Ende November 1920 40,9 Millionen Goldmark oder 409 Millionen Papiermark aufgewandt worden.

Dieses Gesamtbild der bisherigen deutschen Lieferungen und Leistungen zeigt, welche gewaltige Kraftanstrengung das durch Krieg und Revolution geschwächte Deutschland zu machen hatte, das durch den Vertrag seine Rohquellen, überseeischen Reichtümer, Vermögensanlagen und Rechte verloren hat.

Ein Todesurteil für die deutsche Moral

Die englische Zeitung „Evening News“ schreibt: Deutschland veranlaßt eine Verheerung für seine „hungrigen Kinder“. Daß keine früheren Anstrengungen nach dieser Richtung hin nicht ganz erfolglos gewesen sind, beweist die Ankündigung, daß der Hauptausfluß der Quader für baltische Zwecke über 500 Millionen Mark aus den Vereinigten Staaten erhalten hat. Nichts rührt das menschliche Herz mehr als ein Hülfers für notleidende Kinder. Es ist furchtbar, an die Leiden von Kindern zu denken, und augenscheinlich sind die wohlhabenden Deutschen — eine ziemlich zahlreiche Klasse — so petalisch empfindlich in diesen Dingen, daß sie ihre trüben Gedanken in bildsamen Kampagnen zu verpacken suchen. Im Jahre 1914, so behauptet uns der Berliner Berichterstatter des „Times“, trauerte Deutschland jedes Millionen Mark den Kampagnen. In diesem Jahre hat der Verbrauch 10 Millionen betragen. Weiter: Während der 113 Remittenz dieser Saison hat Berlin 411,5 Millionen Mark an Detailretailer ausgegeben, während die Summe in den vorigen Remittenz nur 202,5 Millionen ausmachte. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß bei so geringeren Ausgaben für Betten und Kampagnen wenig Gelegenheit zu philanthropischen Betätigungen bleibt, und Deutschland steht somit vor der Wahl, erheblich weniger zu trinken und zu werten oder das Ausland um Hilfe für seine Kinder anzugehen. Für die wirklichen Helfer Deutschlands ist es keine Überraschung, daß es das letztere vorgezogen hat. Wir hoffen nur, daß, wenn der Kampagne in den Ländern der von der Entente so bedrückten Berliner schämt, nicht vergessen wird, die Gesundheit derer zu trinken, die ihnen eine unangenehme Verantwortung abgenommen haben.

Jedes Wort des Kommentars an dieser nur allzu wahren Feststellung der Minderleistungen innerhalb der deutschen Bourgeoisie wäre verfehlt. Nur bleibt gegenüber der Meinung der „Evening News“, daß es sich um eine „ziemlich zahlreiche Klasse handle, festzustellen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes, nämlich die arbeitenden Massen, den wohlhabenden Klassen auf dem Balkan dem gut gefüllten Korb überlassen, der auch in London und Paris seine „Gefinnungs“genossen hat und zurzeit als internationales Schiebergesindel überall auftritt

die von jeher klein gewesen, schienen in der letzten Zeit hinter den Ferkeln seiner Wangen ganz und gar zu verschwinden. Emma stierte ihm zumieilen seine Sojenträger, deren roter Mund ungehörig herortragte, unter seine Wimpern, schol seine Kravatte zurecht und warf seine schädigen Handschuhe die er noch tragen wollte, fort. Doch tat sie dies alles nicht um feinsten Willen, wie er glaubte, sondern nur aus Egoismus, und weil sie der Anblick seiner unellegantem Kleidung verabscheute. Mandarini sprach sie auch mit ihm von den Sachen, die sie gelesen hatte, von irgend einem Romanroman, einem neuen Stück, von irgend einer Anekdote aus der großen Gesellschaft, die man im Feuilleton einer Zeitung erzieht. Karl war wenigstens doch feindsel, der ihr zuhörte und ihr freis zu stimmte. Sie sprach ja auch mit ihrem Windhund und hatte im Notfall eben's mit dem Holzschuh im Kamin oder dem Scheitel ihrer Stuhl ihr geplaudert.

Im Grunde ihrer Seele jedoch markierte sie auf irgend ein Ereignis. Wie der verzweifelte Marose auf dem Meere, suchte sie mit bangen Augen einen fernen, klaren Stern am unbestimmten Horizont ihres irden Lebens. Sie wußte zwar nicht, welcher Art dieser Stern, dieser Zufall sein sollte, welcher Wind sie auf seine Höhe nehmen und an welches Ufer er sie verschlagen sollte; wußte nicht, ob ihr Dazin eine winzige Schalluppe oder ein stolzer Dreimaster werden würde, mit Schmerz beladen oder mit Seligkeit bis zum Rande gefüllt, und doch hoffte sie jeden Morgen beim Erwachen, daß ihr der Tag etwas bringen werde. Sie horchte auf jedes unelantm Geräusch, sprang oft unermüdet auf und sank erlaunt wieder in den Lage unter, so wurde Emma traurig und dachte mit Sehnsucht an den kommenden Morgen.

Es wurde wieder Frühling. Sie litt in der Zeit, da die ersten Kirchsäume blühen, sehr an Nervenleiden.

Von Anfang Juli bis in den Oktober zählte sie die Wochen an den Fingern, in der Hoffnung, daß der Marquis von Anderwillers wieder einen Ball geben würde. Doch der September verging, ohne daß er eine Einladung gebracht hätte. Nach diesem Barten und dieser Enttäuschung wurde ihr Herz wieder düster und eine trostlose Reihe gleicher Tage folgte.

(Fortsetzung folgt.)

Madame Bovary

17 Roman von Gustave Flaubert. (Fortsetzung.)

Am Nachmittag plauderte sie dann auch zuweilen mit den Postillon. Madame blieb während der Zeit gewöhnlich oben auf ihrem Zimmer.

Emma trug einen Schlafrock, der oben auseinanderfiel und ein gefülltes Chemisette mit drei Goldknöpfen sehen ließ; den Gürtel bildete eine Schnur mit drei großen Quasten, und ihre feinen granatfarbenen Pantoffeln gürte auf dem Spann eine Hofette von breitem Band. Sie hatte sich eine Kapetierie, Röschpapier, Federhalter, Federn und Kuperts gekauft, obwohl sie niemand hatte, an den sie hätte Briefe schreiben können. Sie stäubte ihr Bücherregal ab, betrachtete sich im Spiegel, nahm ein Buch, versank aber bald in Träumen und ließ das Buch auf ihre Knie niederfallen. Sie hätte Reisen machen oder ins Kloster zurückkehren, hätte sterben oder in Paris leben mögen.

Karl trauete mittlerweile bei Regen und Schnee über die holprigen Wege. Er speiste Omeletten auf den Nachhöfen, wachte in feuchte Krankenbetten tasten, fühlte das laue Blut beim Ablassen in sein Gesicht spritzen, hörte das Röcheln der Sterbenden, mußte mancherlei Abscheuliches untersuchen und oft nicht besonders saubere Wäsche zurückschleppen. Immer aber fand er des Abends ein gutes Feuerchen, einen gedeckten Tisch, weiche Stühle und eine Frau in reizender Toilette, die einen so zarten Duft um sich verbreitete, daß man auf die Vermutung kommen konnte, es sei ihre Haut, die ihren Wohlgeruch durch die Wäsche hindurch ausströme.

Sie entzückte ihn immer wieder mit tausend reizenden Dingen. Bald hatte sie eine neue Art Papiermanschetten für die Leuchter zu schneiden erfunden, bald einen Bolant neu und originell auf ihr Kleid aufgesetzt oder einer einfachen Speise einen außergewöhnlichen Namen, gegeben. Und wenn das Mädchen die Speise auch schlecht bereitet hatte, so verzehrte sie Karl doch mit großem Vergnügen. Emma hatte in Blumen Damen gesehen, die ein Bündel Perloides an der Uhr trugen. Gleich kaufte sie sich auch welche. Sie wünschte sich zwei große Rosen aus blauem Glas für den Kamin und kurze Zeit darauf ein Receptaire aus Eisenblech mit einem vergoldeten Fingerring. Je weniger Karl dieses Verlangen nach Eleganz begriff, desto reizvoller war sie für ihn, denn all diese Dinge veränderten sein Haus und fielen wie ein garter Goldstaub auf seinen schmalen, bescheidenen Lebensweg.

Er wandte seit seiner Verheiratung mehr Sorgfalt auf sein Neuhäres und sein Ansehen als Arzt hatte sich noch gesteigert. Die Landleute liebten ihn sehr, weil er nicht hochmütig war. Er liebte die Kinder, ging nicht ins Wirtshaus und schloß schon allein durch seine Moralität das größte Zutrauen ein. Besonders geschätzt war er im Behandeln von Rotarrhen und Brustkrankheiten. Da er stets Angst hatte, dem Patienten zu schaden, verordnete er meistens beruhigende Mittel, Pflanzöl, Blutegel oder gelegentlich ein Brechmittel. Auch die Chirurgie machte ihm nicht gerade Angst. Er ließ seinen Kranken zu sterben, als habe er ein Pferd vor sich, und zog Zähne, als sei kein Arm ein eiserner Hebel.

„Um sich auf dem Laufenden zu erhalten“, hatte er auf die „Ruche medicale“ abonniert, ein neues Blatt, dessen Prospekt ihm zugesandt worden war. Nach dem Essen las er gewöhnlich ein wenig darin, aber die Zimmerwärme und die beginnende Verdauung machten ihn gewöhnlich schläfrig, so daß er nach wenigen Minuten einschlummerte. Das lange Haar fiel ihm dabei übers Gesicht und auf den Fuß der Lampe.

Dann blühte Emma ihn an und zuckte die Achseln. Wehhalb hatte sie nicht einen Mann zum Gatten, der als Gelehrter die Nächte hindurch arbeitete, um mit sechzig Jahren, wenn der Rheumatismus kam, wenigstens ein Kreuz auf seinem schwarzen Rock aufzuweisen zu können! Der Name Bovary, den auch sie trug, hätte berühmt sein müssen. Wüßte mit diesem Namen hätten in allen Buchhandlungen ausliegen, man hätte ihn tagtäglich in den Zeitungen lesen müssen — ganz Frankreich hätte ihn preisen sollen!

Aber Karl hatte ja gar keinen Ehrgeiz! Neulich hatte ihn ein Arzt aus Ivreot, mit dem zusammen er einen Kranken besuchte, am Krankenbett in Gegenwart der Angehörigen des Patienten gedemütigt; als Karl ihn am Abend die Geschichte erzählte, war Emma vor Wut über den Kollegen außer sich geraten, und Karl hatte sie zum Schlaf gerührt, mit einer Krone im Auge, auf die Seiten gestützt. Sie aber erlittete fast vor Scham und hätte ihn am liebsten geschrien. Sie ging in den Korridor, öffnete das Fenster, um sich zu beruhigen, und sog die frische Luft ein.

„Kneifender Rensch!“ murmelte sie ganz leise und biß sich auf die Lippen.

Mit der Zeit geriet sie immer tiefer in eine gereizte Stimmung gegen Karl. Er nahm mit den Jahren allerlei plumpe Gewohnheiten an; schnitt nach dem Essen die Pfropfen der Flaschen entzwei, fuhr mit der Zunge über die Zähne, schürfte und schluckte hörbar bei jedem Häffel Suppe, und seine Augen

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 19. Jan. 1921.

7. öffentliche Sitzung

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr.

Rücktritt des Arbeitsministers Müdert

Präsident Kopf teilt mit, daß ein Schreiben des Arbeitsministers Müdert einging des Inhalts: „Das mir vom Landtag übertragene Amt des Arbeitsministers lege ich hiermit nieder.“ — Die Wahl des Nachfolgers wird, wie der Präsident erklärt, in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Kurze Anfragen

Auf eine kurze Anfrage der Frau Abg. Fischer-Karlsruhe (Soz.) wegen der Buchpreise für Gaserpräparate teilt Ministerialrat Kaul mit, daß hierfür keine Höchstpreise mehr existieren; doch ist die Industrie an Höchstpreise gebunden, über die sie nicht hinaus darf. Das Ueberschreiten dieser Preise sollte den zuständigen Stellen gemeldet werden. — Auf eine kurze Anfrage des Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.) teilt der Regierungsvertreter mit, daß die Regierung nicht beabsichtigt, die Amtsbezeichnung der wissenschaftlich gebildeten Lehrer zu ändern. — Auf eine kurze Anfrage des Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.) betr. Entfaltung weiblicher Personen, teilt Ministerialrat Keers unter Bezugnahme auf die bereits gegebene Mitteilung der „Karlsruher Zeitung“ mit, daß sich keine Anhaltspunkte für gewalttätige Entfaltungen ergeben haben. Eine gewisse Beunruhigung mag dadurch entstanden sein, daß in den Schulen vor Entfaltungen gewarnt wurde.

II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag

Abg. Weismann (Soz.) berichtet über den Voranschlag des Landtages und beantragt Genehmigung. — Der Voranschlag wird genehmigt.

Abg. Hris (Dem.) berichtet über den Staatsvoranschlag des Staatsministeriums und beantragt Genehmigung. Staatspräsident Trunk teilt mit, daß er die neuen Staatsregeln demnächst dem Hause zur Kenntnisnahme vorlegt.

Abg. Mager (D.M.) warnt davor, daß staatliche Kraftwagen durch Beamte gefeuert werden, da hierbei hohe Reparaturkosten entstehen. — Staatspräsident Trunk teilt mit, daß bereits eine Änderung bei den amtlichen Kraftwagen geplant ist.

Der Voranschlag des Staatsministeriums wird genehmigt.

Abg. Hris (Dem.) berichtet über den Voranschlag des vorläufigen Ministeriums des Auswärtigen und beantragt Genehmigung. — Der Voranschlag wird genehmigt.

Justizministerium

Abg. Marum (Soz.) berichtet über den Voranschlag des Justizministeriums. Bei der Zusammenfassung der Geschworenen wurde in der Kommission eine stärkere Heranziehung der Arbeiter verlangt, um das Vertrauen in die Rechtspflege zu heben. Weiter wurde in der Kommission mitgeteilt, daß die Zuständigkeit der Amtsgerichte beträchtlich erhöht wird. Goffen möchte ich, daß es noch gelinzt, die Zuständigkeit der Gemeindegerichte im Sinne des sozialdemokratischen Antrags des letzten Landtages zu erhöhen. Unter Vornahme einer entsprechenden Revision der Besoldungsordnung wurde gegen ein Mittelstück des Ausschusses beschloffen, die Beamten des Aufsichtsdienstes bei den Straf- und Erziehungsanstalten in die nächst höhere Gehaltsgruppe zu versetzen. Die Kommission beantragt Genehmigung des Voranschlags im Sinne ihrer Beschlüsse.

Justizminister Trunk erklärt sich im Reichsrat um die Ermächtigung zu bemühen, landesgesetzlich die Zuständigkeit der Gemeindegerichte zu erhöhen. Die Erhöhung der Gehälter der Beamten des Aufsichtsdienstes bei den Straf- und Erziehungsanstalten war notwendig, wobei um 17 Beamte zu sparen, eine Prüfung der Einschränkung der Freizeit nötig wurde.

Abg. Wittmann (Ztr.) wünscht, daß die Jünger des Rechts so gestellt werden, um ohne Rücksicht auf materielle Verhältnisse, ihren Aufgaben obliegen zu können. Bei der Auswahl der Geschworenen ist es gut, wenn alle Kreise in der Rechtspflege vertreten sind — bei der Entschädigung hierfür müssen sich jedoch die Herangezogenen fassen, daß hier ein Ehrenamt vorliegt, bei dem Opfer gebracht werden und sich Sorgen in der Entschädigung nicht ganz vermeiden lassen. Die Zuständigkeit der Schöffengerichte kann noch mehr erweitert werden als geplant ist. Er wünscht, daß sich die Regierung in Berlin bemüht hat, die Zuständigkeit der Gemeindegerichte zu erhöhen. Man kann sicher nicht der Rechtspflege vorwerfen, daß sie keine Kinder vor den Augen habe. Hingewiesen ist auf die religiösen Kräfte als Erziehungsmomente.

Abg. Dr. Lefer (Dem.) anerkennt, daß Baden in jüngster Zeit in der Fürsorgeerziehung sich bemühte, den Fortschritt nachzuholen, den andere Länder vor ihm hatten. Zu kritisieren

ist die Ausführung des disziplinierenden Urteils über den ehemaligen Leiter der Anstalt in Flehingen, der, wie Abg. Marum s'nerzeit erklärte, Abzugsmittel für seine Familie statt für die Höglinge verwendete. Er ist nämlich Jugendgerichtshelfer in Karlsruhe geworden. Ein Mann, der ein so schlechter Jugendhelfer war, hätte auf einen anderen Posten gehört. Dadurch, daß in einem Dienstiegel verheerend das Wort „Großherzoglich“ stehen blieb, wird die Republik nicht gefährdet.

Justizminister Trunk teilt mit, daß der ehemalige Leiter der Flehinger Anstalt auf eine niederere Stelle mit gleichem Gehalt angestellt werden mußte, was durch die Versekung geschah. Der Mann mußte irgendwo untergebracht werden und da ich ihn nicht als Lehrer unterbringen konnte, mußte ich ihn als Jugendgerichtshelfer verwenden. Seine Erziehungsstaatlichkeit wurde durch seine Vergehen nicht in Frage gestellt. (Widerspruch.) Deshalb schien es mir zweckmäßig, ihn als Jugendgerichtshelfer zu verwenden, wobei er ja nicht selbständig ist. Es kann vorkommen wie in Freiburg, daß ein vorderecktes Formular mit „Großherzoglich“ in Verwendung kommt, denn wichtiger als die Form ist die sachliche Durchführung. Nachdem die Sache jedoch in der Presse zur Sprache kam, ließ ich darauf aufmerksam machen, daß derartige nicht mehr vorkommen und Sie hätten mich gescholten, wenn ich anders gehandelt hätte. Ich traf deshalb Vorkehrung, daß solche Dinge nicht mehr vorkommen.

Abg. Marxhoff (Soz.)

erklärt, daß eine rechtsgerichtete Regierung einfach die Formulare mit der Bezeichnung „Großherzoglich“ hätte einsparfen lassen. Die Erhöhung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte gemäß unserem alten Antrag ist dringend notwendig und sollte die Änderung in Wäde getrieben. Es sollte nicht vorkommen, daß Termine nicht abgehalten werden aus Mangel an Gerichtsschreibern. Es darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß in Baden die Justiz gut bleibt und nicht Entgleisungen vorkommen, wie dies im Norden der Fall ist. Von den Strafanklagen sind mir wieder ungünstige Mitteilungen über die Ernährungsverhältnisse zugegangen. Man sollte hier nach dem Medizinischen. Insbesondere sollte hier nach dem Landesergebnis in Freiburg gesehen werden. In den Gefängnissen sollte für eine ausreichende Beschäftigung der Gefangenen gesorgt werden, um sie abzulenkten. Der Privatier für die Fürsorgeerziehung ist der Vorzug zu geben gegenüber der Anstalts-erziehung; doch sollte hier bei der Auswahl der Familie sorgfältig vorgegangen werden. Bei den Erziehungsgemeinschaften sollte mehr Rücksicht auf die Erziehung der Kinder genommen werden. Bei der Frage der Vererbung der Schöffen und Geschworenen möchte ich wünschen, daß auch Frauen herangezogen werden. Manches Urteil über Frauen würde nicht anders ausfallen. Vor allem müssen aber auch mehr Arbeiter unter den Geschworenen ausgestellt werden. Dem Etat werden wir zustimmen.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.) erklärt gegenüber dem Vorredner über die Klassenjustiz in Norddeutschland anderer Meinung zu sein. Dem Voranschlag geben wir unsere Zustimmung. Das Fürsorgeerziehung ist bei uns in Baden auf gutem Wege. Die Antwort der Regierung hinsichtlich der Vorrede im Schwarzsacher Hof hat mich vollst. befriedigt. Ueber die Ernährungs der Waisen im Schwarzsacher Hof habe ich mich beunruhigt; wenn wir wegen der Einmaligkeit des Essens die Töpfe zerbrechen wollten, müßte man alle in Zwangs-läden stecken. Die Schuld hat also bei den Jungen.

Rückfrage S. huna: Mittwoch nachmittags 7/4 Uhr. Tagesordnung: Justizetat, Voranschlag des Ministeriums des Innern

Schluss der Sitzung: 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 4.45 Uhr.

Justizetat

Abg. Müdel (Ztr.) glaubt, daß man sich mit der Erledigung des Falles des Leiters der Fürsorgeanstalt in Flehingen zufrieden geben kann. In der Schule sollte nicht nur dem Wissen, sondern auch der Erziehung der nötige Anteil werden.

Abg. Salin (Soz.)

Wir stehen der Fürsorgeerziehung wohlwollend gegenüber und begrüßen die nunmehrige Regelung des Staats mit den Fürsorgeanstalten. Die Familien-erziehung ziehen wir der Anstalts-erziehung vor. In den Anstalten sind nicht nur solche Kinder, die vorübergehend auf Abwege geraten, sondern auch Unberufliche; weshalb wir der Familie den Vorzug geben. Der Krieg entzog durch seine lange Dauer den Kindern vielfach die Aufsicht. Hierdurch wurde die Zahl derer, die auf Abwege gerieten, sehr groß. Die Aufsicht der Kirche genügt uns nicht. Wir fordern die Oberaufsicht des Staates. Die Aufsicht erfolgte bisher nicht in der Weise, wie sie hätte erfolgen müssen. Es genügt nicht, daß alle 4 Wochen von Det-

ten aus die Anstalten besichtigt werden. Die Anstalten müssen in jeder Hinsicht Musteranstalten sein — dies scheint im Schwarzsacher Hof nicht der Fall gewesen zu sein. Seit Jahren sind aus dieser Anstalt Beschwerden nach Mannheim gekommen. Dem Bericht der Anstalt, den Abg. Mayer-Karlsruhe als einwandfrei bezeichnete, stehen anderslautende Mitteilungen gegenüber. Beim Essen wurde sowohl die Güte wie die Menge als nicht befriedigend bezeichnet. Auch erklärten die Höglinge, daß man sie nicht befriedigend behandelt habe. Die Ursache der Vorgänge im Schwarzsacher Hof liegt also beim mangelnden und ungenügenden Essen. Das Justizministerium hat die Aufgabe, hier volle Klarheit zu schaffen, wobei es nicht nur die Anstalt, sondern auch die Höglinge zu hören hat.

Justizminister Trunk hält es für eine sehr ernste Sache, wenn in dieser Form gegen eine große Anstalt eine solche Beschuldigung geäußert wird. Ich habe, als ich voriges Jahr die Anstalt betrachtete, einen vorzüglichen Eindruck von dem bekommen, was ich sehen konnte. Wie die Höglinge jedoch behandelt und wie sie beschäftigt werden, das konnte man am Tage der Besichtigung nur äußerlich sehen. Doch machte alles den Eindruck bester Ordnung. In einer großen Anstalt gibt es unter vieler auch ganz verdorbenen Jungen, deren Erzählungen man oft nicht glauben scheitelt darf. Deshalb möchte ich der Kollegen haben bei seinem warmen Herzen für die Fürsorge-erziehung bitten, diese Dinge zu berücksichtigen. Wir haben die Staatsanwaltschaft in Mosbach beauftragt, genaue Erhebungen bei allen Seiten über die Ursache der Revolte auf dem Schwarzsacher Hof zu machen. Bis dahin will ich mein endgültiges Urteil zurückhalten. Damit die Ueberwachung auf dem Schwarzsacher Hof möglichst gut gehandhabt wird, habe ich der Landgerichtsdirektor Kurzmann von Mosbach damit beauftragt.

Abg. Frau Siebert (Ztr.) weist auf die Zunahme der Vergehen Jugendlicher hin und wünscht religiös-sittliche Erziehung.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.) betont gegenüber dem Abg. Salin sich auf den Bericht der Regierung gefügt zu haben. Undank ist der Welt Lohn auch gegenüber den Fürsorgeanstalten.

Abg. Wehner (Soz.) erklärt gegenüber dem Vorredner, daß gerade das Bürgerhaus bereits seit Jahren in Mannheim zu Beschwerden Anlaß gab. Es ist auch hier nicht alles Gold, was glänzt.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.) stellt demgegenüber fest, vom Bürgerhaus einen gegenteiligen Eindruck gehabt zu haben.

Es folgen weitere Bemerkungen zur Fürsorgeerziehung vom Abg. Dr. Hölbermann (Dem.) und Oberregierungsrat Dr. Amhauer, der mitteilt, daß eine Beobachtungsstation für zweifelhafte Höglinge ins Auge gefaßt und beabsichtigt sei, aus der Einscheimer Anstalt zu machen, was gemacht werden kann, worauf er erklärt, daß auf Grund von Zeitungsmeldungen sich in der Arbeiterschaft gegen die Fürsorgeanstalten ein Mißtrauen breit gemacht habe.

Abg. Dr. Schäfer (Ztr.) meint, daß bei einem Arzt (ein solcher soll nach Flehingen als Leiter kommen die pädagogischen Vorbedingungen in der Regel nicht gegeben sind, weshalb ein Pädagoge hinzukommen sollte. Den Klagen von Höglingen der Erziehungsanstalten gegenüber sollte man vorsichtig sein. Für die religiösen Bedürfnisse der Insassen der Anstalten muß entsprechend gesorgt werden. — Justizminister Trunk erklärt, daß man nach reichlichem Ueberlegen dazu kam, für Flehingen einen pädagogisch vorgebildeten Arzt zu nehmen. Daß die Gefangenen in den Gefängnissen am Gottesdienst der betr. Stadt teilnehmen, wird wohl nicht gehen. — Abg. Dr. Hölbermann (Dem.) schließt sich der Anerkennung der charitativen Anstalten an. Der frühere Leiter von Flehingen hätte nicht so warm in Schutz genommen werden sollen. — Abg. Dr. Bod (Dem.) hält einen Psychiater geeigneter für Flehingen als einen Pädagogen.

Abg. Weismann (Soz.) wünscht bessere Regelung der Beschäftigung der Anstaltsaufseher, unter denen Aufregung wegen Bedrohung des Achtstundentages herrsche. Die Arbeiterschaft läßt sich den Achtstundentag, die wirtschaftliche Erregung der Revolution, nicht nehmen. Die früher herrschenden Schichten müßten sich gerade am Tage der Reichsgründung sagen, daß der Zusammenbruch ihre Schuld war.

Justizminister Trunk erklärt, volles Verständnis für die Gefängnisbeamten zu haben. Bei der Frage des Achtstundentages für die Fabrikarbeiterschaft für eine hochwertige Sache. Aber ich bin nicht der Ansicht, daß sie für die Beamten die gleiche Rolle spielt. Wer an Feuer und Ehe arbeitet, verdient voll und ganz den Achtstundentag. Aber hier handelt es sich um Beamte, die ihre Ruhegehälter haben. Der Verfasser des Artikels in der „Volksmacht“ gehört sicher nicht zu den guten Beamten, denn er hegt, um Anruhe zu schaffen, Was das Justizministerium wollte, kann es verantworten. Dem Antrag, hier und da mit dem Achtstundentag getrieben wird, muß entgegengetreten werden. Ich habe vorerst davon abgesehen, die Erhöhung der Machtspreizzeit von 8 1/2 auf 9 Stunden vorzunehmen.

Abg. Karl (D.M.) erklärt, daß am Zusammenbruch junge Truppen schuld seien, die berückt und berüßelt waren.

1 Million
ber an Frank-
100 Pferde und
Goldmarkt
me von rund
chemisch-phar-
zits annähernd
228 Millionen
nen Saarberg-
agt auf einer
Goldmarkt. Der
mit einem Ge-
sitionen Gold-
verwaltung be-
zeit über 1000
orenen Reichs-
Domanen und
erte liegen ge-
ert der an
en, die über
sich auf 88
nigten Gitan-
55 Millionen
ruppen sind
at zurückge-
en im Werte
Mit in Nech-
land für die
ensmittel und
ands erreichen
uch diese Vor-
riedensvertrag
den, für über
nd und usw.,
nen Goldmarkt
bet. Für die
Deutschland
ieren haben,
Goldmarkt oder
Lieferungen
ntrennung das
zu machen
überprüfen
oren hat.

Moral

„Deutscher
denen die
dieser Richtung
Anfänglichen
wede über 500
erhalten hat.
für für nach-
von Kindern
den Deutschen
stabil in die
in die bühnigen
de 1914, so
deines“, trat
In diesem
Weiter: Bäh-
11,5 Millionen
summe in den
Es leidet
en für Weiten
spigen Beträ-
er Wahl, erheb-
Anstand um
Nischen Kenner
des letztere vor-
wagner in der
schämte, nicht
die ihnen eine
allu wahren
der deutschen
der Meinung
lich zahlreich
des deutschen
ständischen
überlassen, der
nossen hat und
verall auftritt
en Zeit hinter
zu verschwin-
er, deren rote
es gurtlich, schol-
in Handfläche
ies alles nicht
aus Episkopus,
eibung werden
in den Säden,
Kapitel, einem
großen Geisell-
schichte. Nach
der ihre Kreis zu
und hätte
und oder dem
auf irgend ein
f dem Meere,
nen Stern am
e wußte zwar
solte, welcher
es Ufer er sic
eine winzige
würde, mit
Nande gefüllt.
n, daß ihr der
es unbekannt
estanni wieder
dem zugsicht
achte mit
Zeit, da die
mungen.
hite sie die
der Marquid
e. Doch der
gebrachte hätte
ig wurde ist
gleicher Tage

Der Seismograph

Alle Erdbebenwaren Mitteleuropas — und wahrscheinlich auch die Warten in anderen Weltteilen — haben in den letzten Tagen katastrophale Erdbeben registriert. Wie inzwischen gemeldet worden ist, handelt es sich um schwere Beben in Däniken in der dänischen Provinz Skania und in Japan sowie um solche in Argentinien, die der Seismograph anzeigt.

Was ist nun ein Seismograph, und worin besteht seine Funktion? Er ist ein vergleichsweise recht einfacher Apparat und dient lediglich der Beobachtung und Aufzeichnung von Erdbeben. Zu diesem Zweck gibt es zahlreiche Beobachtungsstationen, die über die ganze Erde zerstreut sind. Auch Deutschland besitzt eine ganze Anzahl solcher Stationen, so vor allem die Zentralstation für Erdbebenforschung in Jena, die im Jahre 1900 in Strassburg gegründet und nach dem Verlust Elsas-Lothringens in die hüringische Universitätsstadt verlegt worden ist. Weitere Stationen gibt es im Geographischen Institut zu Potsdam, in Hohenheim, in Jenaheim an der Bergstraße um. Die Instrumente, mittels deren auf diesen Stationen die Erdbeben aufgezeichnet werden, sind, besser ausgedrückt, sich selbst aufzeichnend, nenn man Seismographen oder Erdbebenmesser. Handelt es sich nur um Seismographen oder Erdbebenmesser, handelt es sich nur darum, überhaupt festzustellen, daß irgendwo ein Erdbeben war, und die Richtung und Stärke der Stöße ungefähr zu erkennen, so benutzt man Instrumente, die keine schriftlichen Aufzeichnungen, die sogenannten Seismometer, deren Funktion außerordentlich einfach ist. Sie bestehen aus einem kleinen Glas- oder Tongefäß, das oben eine runde Vertiefung hat. Diese wird mit dem leicht beweglichen Quecksilber gefüllt. Rund herum um diese größere Vertiefung befinden sich sechs kleinere. Findet nun ein Erdbeben statt, so wird das außerordentlich leicht bewegliche Quecksilber aus der größeren Vertiefung herausgeschleudert und verläßt die runde Vertiefung, die das Gefäß durch den Stoß erhält, bewußtlos. Es fliehet in eines der rund herum befindlichen Nischen, und aus der Richtung, aus der es geflossen ist, sowie aus der Menge, die der Stoß herausgeschleudert hat, lassen sich Rückschlüsse auf Richtung und Stärke des Bebens ziehen.

Diese so außerordentlich einfachen Seismometer dienen natürlich nur zur oberflächlichsten Orientierung und können höchsten Ansprüchen an wissenschaftliche Genauigkeit nicht genügen. Darum sind alle Stationen noch mit weit empfindlicheren und besseren Instrumenten ausgestattet, die den Verlauf jeder Erderschütterung von selbst aufzeichnen. Diese Instrumente, die Seismographen, sind weiter nichts als Horizontalpendel-

also Pendel, die nicht, wie das Höhenpendel, in senkrechter Ebene schwingen, sondern in waagrechter. Die Tüte, die an zwei Punkten fest aufgehängt und im übrigen horizontal frei beweglich ist, bildet ein Beispiel für ein solches Horizontalpendel, und man hat für die verschiedenen Konstruktionen, von denen die empfindlichsten sind nur auf den Stationen erster Ordnung zu finden, während die Stationen zweiter Ordnung mit einfacheren Apparaten, wenn auch von gleichem Prinzip, ausgestattet sind.

Die Konstruktion der Seismographen ist folgende: In einer schweren aufgestellten Säule oder an einer Mauer wird, ähnlich wie einer Tür in ihren Angeln, ein horizontaler Stab so befestigt, daß er in der horizontalen Ebene vollkommen frei zu schwingen vermag. An seinem vorderen Ende befindet sich ein schweres Bleigewicht, das von zwei Trägern gehalten wird, daß es nicht nach unten sinken kann. Findet nun eine Erschütterung statt, so pflanzt sie sich dem Erdboden durch die Säule oder Mauer hindurch auf den Apparat fort. Da der Stab und das Gewicht ganz außerordentlich fest aufgehängt sind — sie balancieren in ähnlicher Weise wie der Waagen einer ganz subtil gearbeiteten wissenschaftlichen Waage auf stählernen Schneiden oder gar nur auf Stahlkugeln —, so geraten sie durch die geringste Erschütterung in Schwingungen. Infolge der Länge des Stabes sind die horizontalen Pendelbewegungen, die das Bleigewicht schon bei geringen Bewegungen macht, ziemlich beträchtlich und es handelt sich nun darum, sie aufzuzeichnen.

Zu diesem Zweck ruft auf dem Bleigewicht eine Schreib-einrichtung, die, damit sie möglichst leicht ist und die Bewegungen des Gewichtes nicht beeinflusst, aus einem Strohhalm mit Aluminiumspitze besteht. Die Schreibvorrichtung ist so eingerichtet, daß sie ein Hebelstiftchen, welches die geringsten Schwingungen des Stabes in ganz vergrößertem Maßstab auf einer mit befeuchtem Papier bespannten und durch ein Nadelstich in flüchtiger Umkehrung erhaltenen Trommel aufzeichnet. Der Aluminiumstift greift in diesen Nadelstich die Schwingungen der Bleihölge und damit der Erde ein. Von dem berührten Papier lassen sich genau Stunde, Minute und Sekunde der registrierten Erdbeben ablesen, da die Trommelumkehrung ganz genau mit der Zeitenteilung übereinstimmt. Um auch diejenigen Erdbeben aufzeichnen zu können, deren Stöße in der Richtung des Stabes verlaufen, stellt man auf den Erdbebenwarten immer mindestens zwei Apparate auf, und zwar so, daß ihre Stäbe rechtwinklig zu einander stehen. Der Stoß kann dann kommen von welcher Seite er will, immer wird wenigstens ein Apparat in Schwingungen versetzt, und daraus läßt sich dann auch ein Rückschluß auf die Richtung des Stoßes ziehen.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Der Tabak, sein Anbau und seine Zubereitung von Alois Orsi. So bezieht sich eine jeden erschienenen Schrift. In ihr werden besprochen: Empfehlenswerte Sorten, Wachstumsbedingungen, Fruchtfolge, Düngung, Anbau und Pflege, Ernte, Zubereitung der Tabakblätter für Zigaretten, Herstellung der Blätterbeize zu Zigarren und Rauchtabak, die Entrostung und der Bedarf der Klammern für einen Raucher für das Jahr. Das Buch ist jedem Raucher und Gartenfreund zu empfehlen. Preis samt Porto und Buchhändleraufschlag 2.40 M. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag der L. V. Enderschen Kunst-Anstalt in Neutitschein gegen Voreinsendung des Betrages.

Maxim Gorki, Erinnerungen an Tolstoi, Verlag „Der Neue Merkur“, München, 6 M. Auf Grund seiner Kenntnis von Wesen und Erscheinung Tolstois und vieler und langer Gespräche, vor allem während gemeinsamer Aufenthalte in der Arim, hat Gorki Erinnerungen niedergeschrieben, die eben jetzt in Russland erschienen sind und die dankenswerter Weise der Verlag „Der Neue Merkur“ in deutscher Uebersetzung herausbringt. Gorkis Erinnerungen werfen überraschend neues Licht auf die viel umstrittene Persönlichkeit Tolstois, des großen Russen, und erheben dessen Beziehungen zu den Menschen und der Umwelt, zu Landschaft und Zeitumständen. Sie sind gleichzeitig ein Bekenntnis Gorkis und geben Aufschluß über sein eigenes merkwürdiges Leben, das an seinem Teil schon das Unternehmen, von Tolstoi zu schreiben, rechtfertigt.

Der kleine Samariter, (Verlag der Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Preis 1.50 M. Der Inhalt des „Kleinen Samariters“ behandelt ca. 100 Krankheitsfälle verschiedenster Art und ist mit größter Sorgfalt zusammengestellt. Diese Klein-Schrift wird manches Gute bewirken und zur Heilung oder Linderung vieler Krankheiten beitragen. Ein Anhang bringt außerdem ein Anleitung zu einer wohlgeordneten Hausapotheke. Die Schrift sollte in keinem Hause fehlen. Wir können ihre Verbreitung nur warm empfehlen.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) hält es für nötig, zu sparen wo es möglich ist und meint, daß man der Regierung nicht in die Arme fallen dürfe, wenn sie entsprechende Vorschläge macht.

Abg. Weismann (Soz.) stellt fest, daß die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit nicht geklärt war. Wenn geparkt wird, so haben auch wir Verständnis dafür. Auch ich schätze die Arbeit des Bergarbeiters anders ein als die anderer Schichten. Wenn auch der Einzelne seine Forderungen scharf vertritt, so darf er nicht als Hecker bezeichnet werden. Mit diesem Ausdruck soll man vorichtig umgehen und ihn vermeiden. Dem Abg. Mart empfehle ich die Memoiren des Abg. Erzberger zum Studium über die Schuld am Kriege.

Zuluzminister Trunt erklärt den Ausdruck „Hecker“ nicht in Bezug auf die Forderungen der Beamtenschaft gebraucht zu haben, sondern nur in Bezug auf die Art des betreffenden Zeitungsartikels.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) erklärt, der Zeitungsartikel beruhe auf nicht genügender Kenntnis der Vorgänge.

Abg. Reichlich (Soz.) findet Widerstände in den Ausführungen des Zuluzministers. Der Abstimmungsartikelfrage darf nicht mit einer Gehaltsfrage verknüpft werden. Statt immer an die schaffenden Stände zu appellieren, sollten von den höheren Schichten Einschränkungen in ihrem Luxus verlangt werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr. — Tagesordnung: Nachtragst.

Badische Politik

Zum Rücktritt des Arbeitsministers Rückert

Arbeitsminister Rückert, der in der gestrigen Landtags-Sitzung aus dem badischen Kabinett austrat, gehörte der badischen Regierung seit dem 11. November 1918 an. Nachdem er in der vorläufigen Volksregierung Verkehrsminister war, wurde er nach Schaffung der Verfassung in der Sitzung vom 2. April 1919 zum Minister für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten gewählt.

Zu diesem Amte bemühte sich Genosse Rückert im Dienste des Renaubaus zu leisten, was in seinen Kräften stand. Vor allem ist ihm dabei hoch anzurechnen sein unermüdetes Bemühen um die soziale Wohlfahrt des arbeitenden Volkes und um die wirtschaftspolitische Förderung unseres badischen Landes, wofür er sein Bestes gab.

Wenn Genosse Rückert nunmehr als Minister geht, so kann er für sich in Anspruch nehmen, der Partei und dem Lande Baden in schwerer Zeit seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt und tatkräftig am Renaubau mitgearbeitet zu haben — ein Verdienst, das ihm dauernd ein gutes Andenken sichert.

Zum Rücktritt des Arbeitsministers Rückert äußert sich der „Bad. Beobachter“ wie folgt:

Die hinter uns liegende Zeit gab mitunter den leitenden Männern eine Macht in die Hand, welche die persönliche Initiative zur Ausführung an sich schoner und guter Ideen reizte, aber zugleich hervorragende Fachkenntnisse und eine von Erfahrung und Klugheit bestimmte Tatkraft verlangte. Dies gilt ganz besonders von Unternehmungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Diese Macht wurde dem nun abtretenden Minister zum Vergnügen, Persönlich von seinem Willen befehl und begeistert von dem Gedanken, nunmehr seltene Ideen, wie z. B. den Siedungsplan in die Wirklichkeit umsetzen zu können, machte ich Herr Minister Rückert an die Ausführung wirtschaftlicher Projekte. Das Unglück war, daß auch die ihm dabei beistehenden Persönlichkeiten teilweise mehr Idealisten als praktische Leute waren. In dem einen oder andern Falle fehlte es den mit der Ausführung Beauftragten auch an dem nötigen Verantwortlichkeitsgefühl. Das Ergebnis war dann schließlich so, daß der verantwortliche Minister nunmehr die Konsequenzen gezogen hat, fest steht, daß Minister Rückert selbstlos und gewissenhaft gearbeitet hat und aus seiner Tätigkeit als Minister kein Nutzen an ihm faßt. Er stellt sein Schicksal mit jenen zahlreichen Männern der gegenwärtigen Zeit, deren Leben darin bestand, sich gewiß zugunsten zu haben.

Der schlaue Herr Kunz aus Panningen

Zu Müllheim befahte man sich auf einer Versammlung der Agrarminister, zu welcher auch einige Vertreter landwirtschaftlicher Vereinigungen eingeladen waren, mit den Schlachtviehpreisen; im Anschluß daran auch mit den Fleischpreisen. Dabei forderte Bezirksvertreter Landwirt Kunz aus Panningen das Zusammengehen von Metzgern und Landwirten. Hierauf ließ er sich weiter noch also hören: Weiter abbauen könnten Landwirte und Metzger sehr, wo neue Lohnforderungen der Arbeiter vor der Tür ständen, nicht. — So, so! Das ist eine wirklich famose Begründung! Diese Schamlosigkeit darf der Welt nicht vorenthalten bleiben. Die übertriebenen hohen Fleischpreise müssen beibehalten oder wenigstens noch gesteigert werden, weil voraussichtlich die Arbeiter mit Lohnforderungen auf dem Plan erscheinen. So wird der Stiel umgedreht. Gestatten Sie einmal die Frage, Herr Kunz-Panningen: Wird nicht gerade der Arbeiter, weil der Arbeiter von allen Seiten die Forderung nach ihm ausstrahlt, geringeren, höheren Bezahlung zu fordern, sofern er nicht ganz verelenden will?

Wie oft soll denn noch die einfache, leichtbegreifliche Wahrheit gepredigt werden, daß der Preiswahn, der auch zur Entfremdung der Böden führt, in allererster Linie vom Produzenten, dem Landwirt, ausgehen muß.

Dem badischen Landtag sind eine Reihe Eingänge zugegangen. Die meisten Petitionen betreffen die Reform der Besoldungsordnung und das Gesetz über die religiöse Erziehung der Kinder. Ferner liegen vor Eingänge betr. die fachliche Ausbildung der mittleren Zuluzbeamten, betr. die stärkere Heranziehung der Techniker in leitenden Stellungen, betr. Erziehung von Lehrkräften für Naturheilkunde, betr. Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Bahnstrecke Medesheim-Redersbach, betr. Neuordnung der badischen Kreisverfassung und betr. Verringerung des Enteignungsgesetzes.

m. Die schwierige Elektrizitätsversorgung im oberbadischen Industriegebiet veranlaßte kürzlich die beteiligten Interessengruppen, Elektrizitätswerke, Industrie und Handel zu einer Tagung zusammenzutreten, um nach Abwägungsmöglichkeiten zu suchen, die eine Aufrechterhaltung der Betriebe im bisherigen Umfang ermöglichen sollten. An der Beratung nahmen auch Vertreter des badischen Gewerbeausschusses teil. Die Versorgung der Industrie mit der nötigen Energie an Kraft und Licht heißt z. B. tatsächlich einer gefährlichen Krise gegenüber, die ihre Ursache in dem abnorm niedrigen Weltmarkt des Rheins hat, in zweiter Linie darin, daß die Werke nicht in der Lage sind, die absolut notwendigen Mengen an Kohle zu erhalten, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes unter diesen Umständen erforderlich wären. Es fehlt nicht nur an Kohle, sondern auch an Eisenbahnmaterial, eine Folge der Verknappung der französischen Kohlenabfuhr mit deutscher Kohle. Ein Verlegen der Elektrizitätswerke müßte aber gleichbedeutend mit der Verlegung eines großen Teils der Industrie bedeuten, was wiederum vermehrte Arbeitslosigkeit nach sich brächte. Es wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß die Aufrechterhaltung der Versorgung mit Elektrizität durch Einrichtung sogenannter Speertage erreicht werden soll. In diesem Zwecke wurden die gesamten Teilnehmer in bestimmte Gruppen eingeteilt, von denen je eine in der Woche vom Kraftbezug ausgeschlossen werden soll. Die verlorene Arbeitszeit soll von den betroffenen Betrieben auf die anderen 4 Tage umgelegt werden. Man wird zu der Maßnahme nur im alleräußersten Falle schreiten und hofft, daß sie nur von kurzer, vorübergehender Dauer sein wird.

Aus der Partei

Agitationsbezirk Karlsruhe

Bildungsvorträge

- Bruchsal: 22. Jan., 8 Uhr, in der „Pfalz“, Thema: „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. 4. Vortrag. Ref.: Gen. Beech-Karlsruhe.
- Wiesbaden: 22. Jan., 8 Uhr, im „Dirich“. Thema: „Sozialisierungsfragen“. Ref.: Gen. Kapp-Baden-Baden.
- St. Leon: 22. Jan., 8 Uhr, Thema: „Parteiprogramm“. 3. Vortrag. Ref.: Gen. Reichmann-Frozheim.
- Kuppenheim: 23. Jan., 8 Uhr, Thema: „Christentum und Sozialismus“. Ref.: Gen. Höhn-Karlsruhe.
- Ottensheim: 23. Jan., 8 Uhr, im „Strauß“. Thema: „Gemeindepolitik“. Ref.: Gen. Gunt-Eltingen.
- Kastell: 23. Jan., 10 Uhr, im „Anker“. Thema: „Geschichte des Sozialismus“. Ref.: Gen. Trinks-Karlsruhe. 3. Vortrag.
- Wiesbaden: 26. Jan., 8 Uhr, im „Lamm“. Thema: „Christentum und Sozialismus“. Referent: Gen. Gertl-Frozheim.
- Wiesbaden: 27. Jan., 8 Uhr, im „Ader“. Thema: „Schulfragen“. Referent: Gen. Meyer-Weingarten.
- Gaggenau: 27. Jan., 8 Uhr, im „Bad. Hof“. Thema: „Frang. Revolution“. Referent: Gen. Nohbach-Karlsruhe.
- Sachsen: 27. Jan., 8 Uhr, Thema: „Lassalles Leben und Wirken“. Referent: Gen. Trinks-Karlsruhe.
- Eltingen: 28. Jan., 8 Uhr, im „Stone“. Thema: „Parteiprogramm“. 4. Vortrag. Referent: Gen. Kapp-Baden-Baden.
- Bruchsal: 29. Jan., 8 Uhr, in der „Pfalz“. Thema: „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. 5. Vortrag. Referent: Gen. Beech-Karlsruhe.
- Zweibrücken: 29. Jan., 8 Uhr, Thema: „Lassalles Leben und Wirken“. Referent: Gen. Trinks-Karlsruhe.
- St. Leon: 29. Jan., 8 Uhr, Thema: „Parteiprogramm“. 4. Vortrag. Referent: Gen. Reichmann-Frozheim.
- Wiesbaden: 30. Jan., 3 Uhr, im „Dirich“. Thema: „Lassalles Leben und Wirken“. Referent: Gen. Trinks-Karlsruhe.
- Durlach: 30. Jan., 10 Uhr, im „Lamm“. Thema: „Geschichte des Sozialismus“. 1. Vortrag. Referent: Gen. Trinks-Karlsruhe.
- Wiesbaden: 30. Jan., 3 Uhr, im „Lamm“. Thema: „Steuerpolitik“. Referent: Gen. Gertl-Frozheim.
- Kastell: 30. Jan., 3 Uhr, im „Anker“. Thema: „Arbeiter-Sport“. Referent: Gen. Beech-Karlsruhe.
- Kastell: 30. Jan., 7 Uhr, im „Anker“. Thema: „Geschichte des Sozialismus“. 4. Vortrag. Referent: Gen. Trinks-Karlsruhe.
- Gaggenau: 30. Jan., 8 Uhr, im „Anker“. Thema: „Frang. Revolution“. Referent: Gen. Nohbach-Karlsruhe.
- Wir bitten die Genossen und Genossinnen obige Veranstaltungen fleißig zu propagieren.
- Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

Versammlungspropaganda in Oberbaden. Am vergangenen Sonntag und Montag fanden im badischen Oberlande eine größere Anzahl Volksversammlungen statt, die vom Bezirksvorstand der Partei arrangiert worden sind. In den Versammlungen sprachen die badischen sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten. Im allgemeinen war der Besuch ein guter. Die Versammlungen in Singen, St. Georgen und Radolfzell, in denen Genosse Schöpplin sprach, hatten alle einen sehr guten Besuch aufzuweisen. In Singen trat der Führer der Kommunisten in der Seegegend, ein Herr Maddelema, dem Genossen Schöpplin entgegen, in Radolfzell ein Mündener Unabhängiger, Beide Oppositionsredner wurden aber unter dem oftmals stürmischen Gelächter der Versammelten gründlich heimgeschied. Im allgemeinen war zu bemerken, daß sowohl die Kommunisten wie die Unabhängigen die Schneid zu den früher beliebten Kadaveren in unser Versammlungen einbüßt haben. Sobald sich die Genossen diese Szenen nicht mehr gefallen lassen, hört der Spud auch bald auf. Ebenso muß auch erforderlichemfalls mit dem Mißbrauch ausgeräumt werden, den sich bisher sehr oft kommunistische und unabhängige Redner erlaubt haben.

Gewerkschaftliches

Säuberung des Bauarbeiterverbandes von der kommunistischen Zerkünderzelle

Wie die „Aole Fahne“ mitteilt, hat der Hauptvorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes den Ausschluß des bisherigen Vorstehers der Ortsgruppe Chemnitz verfügt, der eine Reichsaktion von Mitgliedern der Kommunistischen Partei innerhalb des Verbandes gründen wollte. Gleichzeitig sind zwei weitere kommunistische Mitglieder des Verbandes ausgeschlossen worden. Der Vorstand erklärt, daß er alle Mitglieder, die durch eine kommunistische oder andere Sonderorganisation den Verband zu ruinieren beabsichtigen, auszuschließen gewillt sei und selbst vor einer Auflösung und Neugründung der Ortsgruppen nicht zurückweichen werde.

Soziale Rundschau

Protestversammlung der badischen Krankenkassen

In einer von der Arbeitsgemeinschaft der badischen Krankenkassenverbände einberufenen Versammlung badischer Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen wurde die gegen die vom Reichstag in überstürzter Weise beschlossene Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge Stellung genommen. Nach einem Referat des Verwalters Ostermeyer-Konstanz wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen die Art und Weise des Zustandekommens und der Inkraftsetzung des Gesetzes Widerspruch erhoben, ebenso auch gegen die bisherigen Beschlüsse der Krankenkassen und die Landesversicherungsanstalten. Es wurde einstimmig beschlossen, die Arbeitgeber und Krankenkassen aufzufordern, für die Zeit vor dem 20. Dezember 1920 die erhöhten Beiträge nicht zu bezahlen und sich auf die für diese Zeit erforderlichen Ankaufsummen zum einfachen Werte von der Landesversicherungsanstalt beschaffen zu lassen.

Nach einem weiteren Referat des Verwalters Sägmüller-Karlsruhe, welches sich mit der Frage der Eingangsgebühren befaßte, wurde eine weitere Entschließung angenommen, in welcher gegen die beabsichtigte Herabsetzung der Vergütung auf 3 Proz. aus dem einfachen Markennerte energischer Widerspruch erhoben und eine den tatsächlichen Aufwendungen der Kasse entsprechende Erhöhung dieses Satzes gefordert wird. Sollte die Landesversicherungsanstalt dieser Forderung nicht stattgeben, so lehnen die Krankenkassen den weiteren Einzug der Invalidenversicherungsbeiträge ab. Schließlich wurde weiter gefordert, daß die Vergütung aus den Betriebskrankenkassen gewährt werden soll. — Die zumteil sehr erregte Aussprache ergab die einstimmige Auffassung zu den Ausführungen des Referenten. Die Landesversicherungsanstalt Baden war durch Regierungsrat Kunz-Karlsruhe, welcher sich ebenfalls an der Aussprache beteiligte, vertreten.

Der Belagerungszustand in Bayern vor dem Reichstag

Berlin, 19. Jan.

Präsident Ebbé eröffnete 148 Uhr die Sitzung. Haus und Tribünen schwach besetzt. Der Präsident begrüßt die Versammlung und gedenkt des gestrigen Tages, an dem vor 50 Jahren die deutsche Einheit ihre Einheit begründeten. Diefem Zusammenhang schloß sich die Geburtsstunde des ersten deutschen Reichstages an. Jetzt ist nicht die Zeit zu lauten Feiern, betonte der Präsident. Wir haben aber die Pflicht, den Grund der Einheit zu wahren und dem Tage entgegenzuarbeiten, an dem es niemand mehr wagen wird, die Gebürtigkeit Deutschlands in Frage der Völker zu stellen. Wir leben auch mit Vertrauen dem Tage entgegen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch den von uns abgetretenen Stammesbrüdern und den Völkern Osterechts zugutekommt. Erst dann wird die deutsche Einheit vollkommen sein!

Der Anruf für den verstorbenen Abg. Legien und des früheren Reichstages v. Bethmann-Hollweg hörte das Haus lebend an. Der unabh. Abg. Malchow kann es nicht unterlassen, durch den Ruf: „Er war am Kriege schuldig!“ die feierlichen Akt zu stören. Stürmische Proteste aus dem ganzen Hause weisen ihn zurück und Prä. Ebbé schloß seine Ausführungen mit der Anerkennung der guten Absicht Bethmann-Hollwegs jedoch kein Grund vorliegt, ihm eine stille Ehre zu verweigern.

Der Eintritt in die Tagesordnung verlor der Abg. Dr. Lepp, unterbrochen von stürmischen Zurufen einen Protest gegen die Erklärung des Präsidenten in Sachen der 60-jährigen Gedenkfeier. Als der Abg. Dr. Lepp seine Ausführungen geschlossen hatte, bemerkte der Präsident, er nehme an, daß niemand aus dem Hause weiter Kotz von dem Protest zu nehmen gedenke.

Das Haus überreicht ohne Debatte das Auslandschulden Gesetz, das Kolonialschuldengesetz und das Verdrängungsgesetz dem Reichstag.

Der unabh. Abg. Solmann begründet sodann den Antrag der Unabhängigen Partei. Redner betont, daß Bayern der Ort der Reaktion geworden sei, schließt die Tätigkeit der Organe und der Einwohnerebene und wirft der bayerischen Regierung vor, ohne inneren Anlaß Gelegenheiten zu suchen, ihr Soldateska auf mehrfache Leute loszulassen. Eine Demonstration der Kriegsschädigten in Regensburg sei durch Aufgehöl der ganzen Regensburger Garnison verhindert worden, während zur gleichen Zeit in München eine Parade der Orchestre stattgefunden habe. Deutlicher sei der Beweis, daß die bayerische Regierung den Ausnahmezustand für ihre reaktionären Zwecke als Deckmantel benutze, nicht zu erbringen. Wenn das Verdrängungsgesetz nicht eingetret, würde es sich mißgünstig. Das Spielwesen nehme überhand. Die Regierung sei überhaupt nur der Schildehalter des Hauses Wittelsbach.

Reichsminister Koch erwiderte, daß die Reichsregierung Verhandlungen mit der bayerischen Regierung eingeleitet habe, daß sie aber zu einem Eingreifen nicht in der Lage sei, und hoffe auf dem Wege der Verhandlung zu einer Verständigung zu gelangen. (Die Ausführungen des Ministers werden durch stürmische Zwischenrufe der äußersten Linken unterbrochen. Der Kommandant Abg. Kemme ruf: Handlanger der Orgesch, und erhält eine Klage des Präsidenten.)

Staatssekretär Schwegler macht nähere Ausführungen, an denen hervorgeht, daß die Reichsverfassung in Bayern atzend verletzt werde. (Die Ausführungen erregte die äußerste Linke aufs neue zu heftigen Zwischenrufen: Rufe: Wir wollen keinen Vorherrscher, wir wollen Zerkünder!). Redner bemerkt, daß die Verfassung der bayerischen Regierung nachweisen die landespolitischen Funktionen zu verbellomminnen, was die Linke veranlaßt, ihm Staatsrechtlichselbst vorzuwerfen. Redner stellt fest, daß die Kommunisten mit allen Mitteln versuchen sich der Waffenabgabe zu entziehen. Hierbei kommt es zu erneuter Unruhe, während der die Zwischenrufe „Mörderhande Geißelmoed erschallen, jedoch Präsident Ebbé Ruhe schaffen muß.

Abg. Vogel (Soz.): Einstweilige Maßnahmen sind nur zu lässig, wenn Gefahr im Verzuge und der Reichspräsident nicht mehr in der Lage ist, reich genug einzugreifen. Weides tritt hier nicht zu. Zudem hat die frühere bayerische Regierung ausdrücklich den vorübergehenden Charakter der Maßnahme betont, während die jetzige Regierung darauf ansieht, einen Dauerzustand zu schaffen. Das bedeutet einen Verfassungsbruch, der verbunden werden muß. In diesen Kern seine: Ausführungen knüpft der Redner eine längere Darlegung des Behaltens der bayerischen Regierung und betont, daß er keinerlei besondere Gefahr für Bayern sehe, die eine Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes rechtfertige und die Beibehaltung des Achtzwohnenjüngere-Spielgesetzes begründet fenne. Die breiten Massen werden auch für irgendwelche Entschlüsse nicht zu haben sein. Der Redner schließt mit dem Wunsch, daß das in der Verfassung vorgesehene Gesetz zu Artikel 48 recht bald Tatkraft werden möge.

Abg. Emminger (B. Sp.) wundert sich, daß man in Bayern das doch den Ausnahmezustand nach dem Kriege gründlich kennen lernte, jetzt erleidet aufatme, wo seine Landtruppen von den Lastautomobilen mit Maschinengewehren und von dem roten Verkehr in Mentschengelicht befreit seien. Von dem Ausnahmezustand sei jetzt herzlich wenig zu spüren. (Stürmischer Protest auf der äußersten Linken.) Der Wucherparagraf sei eigentlich die einzige Folge des Ausnahmezustandes gewesen und dies sei doch gemäß im Interesse der Festhaltung der Ernte zu begrüßen. Während der Rede des Abg. Emminger machte ein Tribünenbesucher andauernd Zwischenrufe wie „Time is money“ u. a. — Vizepräsident Sell droht, im Wiederholungsfall die Tribünen räumen zu lassen. Der Vizepräsident macht dann die Mitteilung, daß noch sechs Redner zu Worte gemeldet seien. Er bitte im Interesse der Förderung der Geschäfte nicht zu lange zu sprechen.

Abg. Strohmann (D. A.) schildert die Vorwürfe, die gegen Bayern, dieses Land der „zielbewußten Reaktion“ erhoben wurden. Tatsächlich wurde in diesem Lande so zielbewußt an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gearbeitet wie in Bayern. Das soll durch den Antrag sichergestellt werden. Redner im Auditorium erleben mußten, wollen wir in Bayern nicht erleben. Als der Redner darauf zu sprechen kam, daß das Verstreben der Linken, die Annahme auch auf die Angeklagten auf der Katerpublik auszudehnen, in Bayern Empörung hervorgerufen habe, folgten erneute Zwischenrufe der äußersten Linken. Die bayerische Regierung, so fährt der Redner fort, will nur die Produktion und die regelmäßige Arbeit schützen. In Berlin, wo ein solches Ausnahmengesetz nicht besteht, ist es erst kürzlich bei zweifelhafte Demonstrationen wieder zu Blutvergießen gekommen. Da kommt dann unsere Vorbeugungsmaßnahmen nicht vor. (Erneuter Anruf. Vizepräsident bittet um Ruhe.) Wer die Gefahr des Wucherparagrafen begründet will, der habe den Ausnahmezustand zu befehlen. Das kann im übrigen nur die bayerische Regierung selbst tun, nicht etwa der Reichstag oder die Reichsregierung. (Die meist temperamentvollen Ausführungen des Redners, von dessen Rednerpult sich die Abgeordneten drängen, werden fortgesetzt von Zwischenrufen aller Parteien begleitet.) Als der Redner jagte, alles was aus Berlin komme, finde in Bayern die schlechteste Kritik, und Berlin als internationale Schieberwelt und als die Zentrale des geschwätigen Kampfes gegen die Einwohnerwehren bezeichnet, erfolgt ein erneuter Sturm auf der äußersten Linken. Der Redner schloß mit einm. Anruf auf den übertriebenen Zentralismus, der in Berlin seinen Sitz habe und eine Heberpannung des demokratischen Unitarismus bedeute. (Stürmischer Beifall rechts. Zischen links.)

apertu

19. Jan. ... Das ist die ...

Reichsminister Koch: Die Erklärung des Vorredners, daß die bayerische Regierung Anordnungen der Reichsregierung in betr...

Jugend und Sport
Kreiswimmelfest des Arbeiter-Wassersport-Verbandes
Am Sonntag, 16. Januar, fand in Mannheim, in der Halle 3 des erst vor kurzem eröffneten Schwimmstadions, das dies...

Kleine Nachrichten
Frankenthal, 19. Jan. Der sozialdemokratische Bürgermei...

Aus dem Lande
Horsheim, 15. Jan. Kaum ist der große Silberdiebstahl bekannt, so wird schon wieder ein neuer Diebstahl in einer hies...

Heidelberg, 19. Jan. Wegen zweifachen Mordes wurde der Landwirt Johann Fritz Fromm von Wammertal vom hiesigen Schwurgericht abgeurteilt.

Mannheim, 16. Jan. Die Rai-Festereinen werden für 1., 3., 5. und 8. Mai ausgeschrieben. Das Mannheimer Programm läßt, in dem es zwei Drittel der Geldpreise für Hindernisfahre und ein Drittel für Flachfahre vorzieht, eine verstärkte Pflege des Flachsports gegen die Vorliebe für Hindernisfahre erkennen.

Willingen, 19. Jan. In dem Anwesen des Gasthauses zum Löwen brach aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, dem die Scheune des Gasthauses zum Opfer fiel, während das Hauptgebäude und einige Nachbarhäuser schwer beschädigt wurden.

Wülheim, 19. Jan. Von amtlicher Seite wird jetzt bestätigt, daß am Dienstag, 1. Febr., der Verjüngungsbericht zwischen Wülheim und Wülhausen i. C. wieder aufgenommen wird.

Emmendingen, 17. Jan. Die Sammlung für die deutsche Kinderhilfe hat in der Stadt Emmendingen den fünften Betrag von 5001 M. ergeben. Auf die Einwohnerzahl Emmendingens umgelegt, hat demnach jeder Einwohner, ob groß, ob klein, über eine Mark für die deutsche Kinderhilfe gegeben.

Salz u. Hebrungen, 18. Jan. Auf dem hiesigen Bahnhofs wurden in den letzten Tagen 77 Kilogramm Zunder beschlagnahmt, die der Besitzer einer Schweißschraube in Weilstorf nach Konstanz verschleppen wollte.

Konstanz, 19. Jan. Die Silberdiebe entfallen fortgesetzt eine eifrige Tätigkeit. Besonders wird von Frankfurt am Main aus ein silberpolierender Handel mit ausländischen, meist belgischem Silber, betrieben.

Weinheim, 16. Jan. Einbrecher wurden aus der hiesigen Synagoge einen silbernen Becher und zwei bedruckte Weisbletteller, die sie offenbar für silberne hielten. — Bei einem Einbruch in das Kaufmannsamt der Heilich-Broschmachers Familie in hiesigen Schloßgarten hatten es die Täter anfangs auf den Raub von Familienschmuck abgesehen.

mühten aber unverrichteter Sache abziehen, weil die Kartiementwerke den Diebstahlweilern Widerstand.

Aus der Arbeiterfängerbewegung
Vereinigung der Arbeiterfängervereine in Offenburg. Am Samstag fand in der Brauerei Runding in Offenburg eine gut besuchte Versammlung der leitenden Arbeiterfängervereine statt.

Der Verband süddeutscher Presse im Reichsverband der Deutschen Presse hielt am Sonntag, 9. Januar, in Mannheim seine von den badischen und württembergischen Bezirksgruppen sehr stark besuchte Jahresversammlung ab.

Kostenweilungen nach Ungarn und Griechenland. Nach den von fremden Truppen besetzten Gebieten und Orten Ungarn können Postanweisungen bis auf weiteres nicht angenommen werden.

Veränderungen im Flugpostdienst. Die Flugpost Frankfurt (Main) - Korbach ist wegen unerwartet eingetretener Schwierigkeiten aufgehoben worden.

3731 Ainos in Deutschland. Die Bevölkerungszahl des Aino im Kulturleben geworden ist, beweist die Tatsache, daß nach zuverlässigen Nachforschungen gegenwärtig in Deutschland 3731 Ainos vorhanden sind.

Mittelbaden und zukünftiger Grenzverkehr. Der Fritz Hofmann berichtet im „Kaffater Tagblatt“, daß die Bahnlinie Kaffat-Wintersdorf-Körschweg in absehbarer Zeit wieder dem Verkehr übergeben werden kann.

Der Sommerfahrplan für das Jahr 1921 tritt auf den deutschen Reichseisenbahnen am 1. Juni in Kraft. Die Eisenbahndirektion Karlsruhe beabsichtigt, wie uns die Reichsregierung der badischen Regierung mitteilt, den Eisenbahnplan zur Beratung des Reichsplanenrats in der ersten Hälfte des Monats März einzuberufen.

Ein falscher Wanderredner. Die uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, veranstaltet seit einigen Monaten ein angeblicher Journalist H. Kling öffentliche Vorträge gegen die Fremdenlegion.

MAGGI'S Erbs-Suppe in Würfeln Qualitätsware!
Man achte auf den Namen MAGGI und die gelbrote Packung.

Aus der Provinz

Karlsruhe, 20. Januar.

Geschichtskalender

20. Januar: 1891 erstmaliges Erscheinen des „Korrespondenzblattes der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands“...

Karlsruher Parteinachrichten

Bezirk, Tagelunden. Am nächsten Samstag, abends 1/8 Uhr, findet im „Karlsruher Hof“ Bezirksversammlung statt.

Berein Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 Uhr findet ein Vortrag des Gen. Sekretär Siegel statt; er wird das Thema behandeln: „Warum, wie und wo sollen wir Sport treiben?“

Das Recht der Frau auf Mutterschaft

Dieses aktuelle Thema wird heute abend 1/8 Uhr in einer in der „Goldenen Krone“ stattfindenden Frauenversammlung...

Provokation

Nicht nur die Orgel provoziert. Es gibt noch viel gemeinere Provokationen, die man jeden Tag erleben kann...

Das Neueste. Und das Gemeine ist die überfällige Berberität. Die Uhr am Strumpf.

Der schamhafte Schieber braucht künstliche Reizmittel zur Hebung seiner Impotenz.

Flugs erfindet die verheerliche Luxusindustrie Uhren am Strumpf. Das hilft!

Sie legt das Bein auf den Tisch: „Wie spät ist es?“

Die Welt ist am Ende! Es gibt nur noch zweierlei Menschen: Ausfänger und Ausgesaugte.

Dämchen tänzeln kokett am Arm überfälliger Volksauswucherer dahin, am seidenbestrumpften Bein die goldene Uhr und eifrig darauf bedacht, wieder neue Reize zu erfinden.

Auf der andern Seite ist dagegen der Moment nicht mehr fern, wo die Proletarier hinterden wie die Fliegen, nur weil sie nichts zu essen haben.

Ist das keine Provokation? Der eine plakt vor Aufgeschwemmtheit und Berberität, der andere windet sich in Hungerkrämpfen.

Pastor Hohoff, der Marxist im Priestergewande

Am vergangenen Freitag sprach im Friedrichshofaal in einer von dem Werbeausschuss der sozialdemokratischen Gewerkschaften einberufenen öffentlichen Versammlung Rechtsanwalt Dr. Diez über Pastor Hohoff, der Marxist im Priestergewande.

Rechtsanwalt Dr. Diez hat sich bei der offiziellen Versammlung, wie auch von den Korrespondenten der literarischen Wissenschaft, wie auch von den Korrespondenten der literarischen Wissenschaft...

Festveranstaltungen

Amtlich wird mitgeteilt: Von einer Erneuerung des in den letzten beiden Jahren bestandenen Verbots von Festveranstaltungen ist in diesem Jahre nach eingehender Prüfung abgesehen worden.

Bei Freigabe der Festveranstaltungen ist voranzusehen, daß mit Rücksicht auf die Zustände größere öffentliche Veranstaltungen, wie große Umzüge auf den Straßen, nicht unternommen werden.

Diebstahl des Altes. Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wir machen unsere Mitglieder, insbesondere die Vorstehenden der einzelnen Organisationen, sowie die Betriebe...

räte auf den am Montag, 24. Januar, abends 8 Uhr, in der Technischen Hochschule in Hirschgäßchen 37, 3. Stock, Hauptgebäude, stattfindenden Vortrag des Herrn...

Zum Weihnachtsbank des Tapezierermeisters

Zu den beiden Artikeln des Tapezierermeisters B. gegen Tapezierermeister Stiel sah sich die Ortsverwaltung der Tapezierer- und Tapezierergewerkschaften veranlaßt, Stellung zu nehmen.

Zur Nichtigstellung des Obermeisters J. Stiel haben wir zu bemerken: Bei Punkt 1. behauptet Stiel, daß Herr Stiel, ein Z. nur einen Lehrling hat, wogegen nichts einzuwenden ist.

Zur Nichtigstellung des Obermeisters J. Stiel haben wir zu bemerken: Bei Punkt 1. behauptet Stiel, daß Herr Stiel, ein Z. nur einen Lehrling hat, wogegen nichts einzuwenden ist.

Zur Nichtigstellung des Obermeisters J. Stiel haben wir zu bemerken: Bei Punkt 1. behauptet Stiel, daß Herr Stiel, ein Z. nur einen Lehrling hat, wogegen nichts einzuwenden ist.

Zur Nichtigstellung des Obermeisters J. Stiel haben wir zu bemerken: Bei Punkt 1. behauptet Stiel, daß Herr Stiel, ein Z. nur einen Lehrling hat, wogegen nichts einzuwenden ist.

Monarchistenpropaganda. In den letzten Tagen wird hier in Karlsruhe ein Propagandablatt der Monarchistengesellschaft „Die Krone“ an die Wand geklebt und zwar mit Worten des Königlich preussischen Kommando der 55. Infanterie-Brigade...

Weihnachtsfeier des Arbeiter-Frauenbundes. Ein Bild lebendiger Freude und tiefem Vorwärtsschreiten bot die Weihnachtsfeier des Arbeiter-Frauenbundes am letzten Sonntag im Licht festlichen Saale der Hofhalle.

Das große Tanzturnier anlässlich des Wohltätigkeits- und Pressefestes am Samstag, den 5. Januar, in der Festhalle dürfte ganz besonderem Interesse begegnen.

Das große Tanzturnier anlässlich des Wohltätigkeits- und Pressefestes am Samstag, den 5. Januar, in der Festhalle dürfte ganz besonderem Interesse begegnen.

Das große Tanzturnier anlässlich des Wohltätigkeits- und Pressefestes am Samstag, den 5. Januar, in der Festhalle dürfte ganz besonderem Interesse begegnen.

Das große Tanzturnier anlässlich des Wohltätigkeits- und Pressefestes am Samstag, den 5. Januar, in der Festhalle dürfte ganz besonderem Interesse begegnen.

Das große Tanzturnier anlässlich des Wohltätigkeits- und Pressefestes am Samstag, den 5. Januar, in der Festhalle dürfte ganz besonderem Interesse begegnen.

Das große Tanzturnier anlässlich des Wohltätigkeits- und Pressefestes am Samstag, den 5. Januar, in der Festhalle dürfte ganz besonderem Interesse begegnen.

Das große Tanzturnier anlässlich des Wohltätigkeits- und Pressefestes am Samstag, den 5. Januar, in der Festhalle dürfte ganz besonderem Interesse begegnen.

Filmfortsetzung gegeben, indem der Kurier schließlich infolge der Revolution abgesetzt wird; das Stück erzählt von einer Länge von 8 Akten.

Der Punkt Abend von Senf-Georgi war mit seinem Stigma „Menschliches — Abgemensliches“ dem etwas anderen Humor der Faschingszeit angepaßt.

Die Ortsgruppe Karlsruhe und Umgebung vom Bundesverband Arbeiter z. B. hielt am vergangenen Sonntag im Hofhaus am „Goldenen Adler“ her ihre diesjährige Weihnachtsfeier ab.

Januarsfest. Wie aus dem Inseratteil ersichtlich ist, veranstaltet die Freireue- und Veredlungsgesellschaft hier am Sonntag, den 23. Januar in der Eintracht das erstmalige 8. Jahrestag Januarsfest.

Polizeibericht vom 20. Januar. Wegen Übermaß an gezeigter Preissteigerung gelangte ein Landwirt aus Ceisheim zur Anzeige, weil er hier Kartoffeln zu 50. M pro Zentner feilbot.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 935. M. Auszahlung Holland notierte 21.42 M per 100. M. Goldmark.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 20. Januar 1921. Der gestern nachmittag verlagerte Luftwirbel behält noch überwiegen Einfluss auf die Wettergestaltung.

Rechte Nachrichten. Eine sozialdemokratische Regierung in Mecklenburg. Am Samstag, 20. Jan. Nachdem am Freitag der frühere sozialdemokratische Minister Stellung zum Wirt...

Rechte Nachrichten. Eine sozialdemokratische Regierung in Mecklenburg. Am Samstag, 20. Jan. Nachdem am Freitag der frühere sozialdemokratische Minister Stellung zum Wirt...

Rechte Nachrichten. Eine sozialdemokratische Regierung in Mecklenburg. Am Samstag, 20. Jan. Nachdem am Freitag der frühere sozialdemokratische Minister Stellung zum Wirt...

Rechte Nachrichten. Eine sozialdemokratische Regierung in Mecklenburg. Am Samstag, 20. Jan. Nachdem am Freitag der frühere sozialdemokratische Minister Stellung zum Wirt...

Rechte Nachrichten. Eine sozialdemokratische Regierung in Mecklenburg. Am Samstag, 20. Jan. Nachdem am Freitag der frühere sozialdemokratische Minister Stellung zum Wirt...

Rechte Nachrichten. Eine sozialdemokratische Regierung in Mecklenburg. Am Samstag, 20. Jan. Nachdem am Freitag der frühere sozialdemokratische Minister Stellung zum Wirt...

Rechte Nachrichten. Eine sozialdemokratische Regierung in Mecklenburg. Am Samstag, 20. Jan. Nachdem am Freitag der frühere sozialdemokratische Minister Stellung zum Wirt...

Rechte Nachrichten. Eine sozialdemokratische Regierung in Mecklenburg. Am Samstag, 20. Jan. Nachdem am Freitag der frühere sozialdemokratische Minister Stellung zum Wirt...

Advertisement for 'Pflanzkübel' (plant pots) and 'Bordeaux Wein' (Bordeaux wine) with various prices and descriptions.

Die Festsetzung der Mieten

Man schreibt uns: Die auf Veranlassung des Bürgermeisters zusammenge-

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 3. Eine Frau, die geschiedlich geschieden ist, kann erst

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Karl Erb von Gröbzingen, Bäcker und Witw

Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16

empfehlen: Heimliche Abtreibung oder ärztlicher Eingriff

TATSACHE

ist es, dass alle zerrissene Strümpfe tadellos erneuert werden in der

Wannkuch & Co. Bordeaux-Weine Medoc 16. -

Sinner-Speisen-Würze. Stark schmackhaft Supp und Brüh in Kürze.

Ausschneiden! Viel. Anstellung für Maurer u. Zimmerer als Poller, Zeichner, Betonmeister

In den Metzgereien werden, solange Vorrat reicht, gute bayerische Würstchen serviert

Reichs-Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter Landesstelle Baden.

Mieter- u. Untermieterverein Karlsruhe. Heute Donnerstag, den 20. Januar, abends 7 Uhr

Vergebung von Kleingärten und größeren Kleingärten durch die Stadt Karlsruhe.

Versammlung der Eisenbahnbeamten. Am Dienstag, den 25. Januar 1921, abends 7 Uhr

Mieter-Versammlung. Hierzu sind die Mieter und Untermieter der Beschlüsse

500 Mk. Belohnung. Angelegenheit, welcher über jene Person Angaben

General-Versammlung. Am kommenden Samstag, den 22. Januar, abends 7 Uhr

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten. Ist die Einheitsorganisation der Architekten, Ingenieure, Chemiker

Email-Geschirre. werden dauerhaft repariert (nicht gelötet)

Friseur- und Perückenmacher-Sinnung Karlsruhe. Wir beehren und unsere wertigen Mitglieder

Der Ortsgruppe Baden-Baden. Wir suchen zum sofortigen und baldigen Eintritt 3-4 tüchtige

Stenotypistinnen. ferner 2-3 Stenotypistinnen, bewandert in Buchführung

Sinnungs-Fest verbunden mit Abend-Unterhaltung grohem Mode-Frisieren

Stenotypistinnen. ferner 2-3 Stenotypistinnen, bewandert in Buchführung und Korrespondenz

Geschirre-Reparaturanstalt. Karlsruhe, Adnerstr. 35, im Hof. Telel. 1421

BALL. ergebnis einzuladen. Anfang punkt 4 Uhr. Schlußzeitung 1/2 Uhr.

Stenotypistinnen. ferner 2-3 Stenotypistinnen, bewandert in Buchführung und Korrespondenz

Schluß des
Inventur-Verkaufs
Samstag, den 22. Januar.
W. Boländer
Kaiserstraße 121. 2298

**Inventur-
Ausverkauf**
Donnerstag, Freitag, Samstag
Die letzten drei Tage!
TIETZ

Badisches Landestheater. 179
Donnerstag, 20. Januar, 7 bis geg. 10 Uhr, 12. - 14.
Die Schule der Frauen
Der zerbrochene Krug.

Sür Karlsruher wird strebsamer Herr mit eigenen
Barmitteln von einigen tausend Mk.
als Leiter
eines sehr gewinnbr. Unternehmens sofort gesucht.
In Verbindung mit dem Hause erfolgt, sind Branchen-
kenntnisse nicht erforderlich. Ausführl. Bewerbung
mit Altersangabe usw. erbittet 2289
Mercedes-loyd, Berlin-Charlottenburg 8.

Palast-Theater
Moderne Lichtspielbühne
Herrenstr. 11 Telefon 2502

Ab heute!
Albert Bassermann
in seinem neuesten Werk
Masken!
Filmspiel in 5 Akten.

Der Todfeind
Erster Monumentalfilm
der Münchener Lichtspielkunst
Drama in 5 Akten
nach dem gleichnamigen Roman
von Luise Westkirch.
Hauptrollen:
Sadjah Gazza, Max Ruhbeck
Ernst Dernburg. 2300

Inventur-Verkauf
zu bedeutend ermäßig-
ten Preisen in
Kinderwagen
Korbwaren
Kindermöbel
usw. 2293
J. Hess, Kaiserstraße Nr. 123.

Neu eröffnet!
**Strumpf-
Erneuerungs-Anstalt**
verbunden mit Maschinen-Strickerei,
wo Strickarbeiten aller Art ausgeführt
werden. 6206
Ebenso werden Strümpfe und Socken
aus allem möglichen Material tadellos
erneuert in der Maschinen-Strickerei
L. Engelhard, Gartenstr. 11, Hth. III.
Eigenes Woll-Lager.

Grosser Inventur-Verkauf
Versäumen Sie nicht die
günstige Einkaufsgelegenheit!
Um Raum für Frühjahrsware zu schaffen,
gebe sämtliche noch vorrätige
Wintermäntel
weit unter Einkaufspreisen ab.
Alle anderen Artikel sind im Preis
bedeutend herabgesetzt.
Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34. 1 Tr. 2295

Färbe zu Hause
nur mit
Heitmann's Farben
Erhältlich in Drogerien u. Apotheken.
Vertretung und Lager bei:
Theo Seuburger, Karlsruhe, Parkstr. 3.
Fernsprecher 1138. 6276

Außerst
Preiswert

Kostümfstoffe 130 cm, meliert	Mk. 45.-
Cheviot 86 cm rei woll., marine	" 52.-
Serge 90 cm, reinwoll., marine	" 65.-
Diagonal 130 cm, reinwoll., schwarz . . .	" 50.-
Anzugstoffe 140 cm, schwarz, marine u. grün	" 68.-
Mantelstoffe weit unter Preis . . . von	" 39,50 an

Ferner sehr zurückgesetzt
Halbwollene und wollene Decken
Steppdecken. 2285

Leipheimer & Mende

**FLAMMER
SEIFE
u.
SEIFENPULVER**
in
der altbewährten Friedensart
endlich wieder da!

BESTE u. BILLIGSTE
WASCHMITTEL FÜR WASCHE u. HAUS
KRAEMER u. FLAMMER HEILBRONN

Volksbuchhandlung der
sozialdem. **Adlerstr. 16** **Kinderwagen** gut er-
Partei befindet sich zu verkaufen, Morgenstr. 3, IV

Franz Teuffel
Kraustr. 20 - Tel. 1100
Buchbrucker
Buchbinder
Liefert nach alle aus
schlachten Arbeit.
Hilfsarten L. Stund
Bei Abgabe obli. Interates
gewährt id auf sämtliche
Waren 1/4 Rabatt.

Achtung! Achtung!
Empfehle mich im an-
fertigen sämtlicher
**Herren-
garderoben**
sowie im Wiedern und
im Ausbessern von
Kleidungsstücken
Kauf können von mir
Stoffe
bezogen werden.

Franz Stier
Schneider, Rastatt
Friedrichstraße 25.

Feinste Herrenstiele
in Passform und E-
ganz vollkommen, ein-
getroffen. 2291
Reformhaus Neuhart
Kaiserstraße 118.

Bibliothek
neun Mark
für
nur
erhalten Sie durch die
„Wirtschaftliche Ver-
nehmer - Taschenbuch“.
Enthält alles, was man im
täglich. Leben nicht wissen
muss, z. B.: Verfassung,
Friedensvertrag, Verträge,
Finanzen, Steuerrecht,
Eisenbahnwesen, Kranken-
versicherung, Internationales
und Arbeiter- und Ver-
bündnisse, Wirtschaftliche Ver-
hältnisse, Medizin, Psycho-
logie, Sozialpsychologie,
Land, Arbeiter- und An-
gestelltenrecht, Betriebs-
räterrecht, Soziale Ver-
sicherung, Reichsberu-
fungsrecht, Eheleute der
Volkswirtschaft, Sozial-
versicherung, Gewerbe-
gesetz, Indusriefern, La-
bor - System, Schulwesen,
Volkswirtschaftliche Pro-
gen, Valuta, Einlösen
u. Preis 4.90, 200000

Volksbuchhandlung
Adlerstr. 16.
In 1 Std. u. Garantie
verleiht. Sie Pläne
Kopf-, Kleider-, Plä-

Chateaugues
neu, von 250 Mk. an.
H. Adler, Schützenstr. 25.

Hüte Sport-
Mützen Artikel
Schirme Um-
Stöcke formen
alter
Hüte

**Theodor
Zenker**
Kaiserstr. 61
gegenüber der
Hochschule

Mützen-
macherei; Hut-
macherei

**Orthopädische
Fuss-Bekleidung**

Beschnung kranker und normaler Füße
Einlagen für Senkungen, Beinver-
kürzungen jeder Art.
Zugelassener Lieferant beim Versorgungs-
amt für Kriegsbeschädigte
Otto Schwaninger
Schuhmachermeister 7215
Waldstrasse 68. Ecke Sofienstr. : Tel. 4118.

No.

I

Entwaffnung
Natur, in
bündeln ab
Sowjet-Reg

Me heute u
Sammer un
verlesen wu
Durch d
ausen, stellt
Aufgabe vor
beret, ihnen
Schwierigkeit
Vertrauen u
selonnt

Wir ha
wir haben u
einigen, der
den der Ge
bede Fran
festigen wird
Deutschland
Lebensfrage,
Pflichten vor
Wir we
Der W
gerichtet. J
und nur m
der Friedens
die Allierte
längen das
das wir gef
nehmen sich

Aber die
möglich, un
nur dann ge
von gestern
aber keine f
leben-Kräfte
Wachstums
im im wei
nehmung, G
voraussetz
zu bereiten,
des Rufes,
dem Mut d
in eine Ger
nicht nicht
künden und
dann es n
senen Berp
Aber da
friedlich, un
der eingega
langt alles,
nichts, was
das ist, das
Schuldners
zum Vorteil
Das ist
Niel nur d
erreicht mer
Vorbereitung
liche Wieder
alles tun, u
zu entwickel
Freund und
ten unterst
In der
großen Län
nehen und
gemeinsam
dung ist es,
deln um die
die Regeln
durch die V
aber um di
Europas zu
Das en
auswärtigen
Was J
gehen, die V
Bütern so
Jahresberie
Vereinigten
sach gemei
nere Sold
am ihr Blit
ne es auch
sollte, sind
im Kriege.
die durch ih
wert für die
Länder wie
nicht die Str
all den Sta
schen Kaiser
machungen
lichen, feiner
Die An
unfere Kinf
dar der